



Verhandlungsschrift

über die am **Montag, dem 31. Mai 2021**,
in der Welser Stadthalle stattgefundene

51. Sitzung des Gemeinderates

Beginn der Sitzung: 15.03 Uhr.
Ende der Sitzung: 18.02 Uhr.

Die Verhandlungsschrift der 50. Sitzung des Gemeinderates vom 26.04.2021 liegt zur
Einsichtnahme auf.

Männliche/weibliche Form im Text

Aus Gründen der besseren Lesbarkeit und Verständlichkeit des Textes wurde nur eine Form der Anrede gewählt. Diese steht stellvertretend für beide Geschlechter.

Anwesende

Vorsitzender: Bürgermeister Dr. Andreas Rabl

FPÖ-Gemeinderatsfraktion

1. Vizebürgermeister Gerhard Kroiß
3. Vizebürgermeisterin Christa Raggl-Mühlberger

Stadträtin (ohne Gemeinderatsmandat):
Margarete Josseck-Herd

Gemeinderäte:

Christian Fila
Dietmar Marehard
Egon Schatzmann
Ingo Spindler

DI. Gunter Haydinger
Mark Paulusberger
Ralph Schäfer, BSc, MSc
Georg Taitl

Christiane Kroiß
Elke Ruetz
Ronald Schiefermayr
Sandra Wohlschlager

SPÖ-Gemeinderatsfraktion

2. Vizebürgermeisterin Silvia Huber

Stadträte (ohne Gemeinderatsmandat):
Mag. Klaus Schinninger Johann Reindl-Schwaighofer

Gemeinderäte:

Mag. Sabine Brenner-Nerat
Mag. Daniela Schindler
Mag.phil. Mato Simunovic

Stefan Ganzert
Laurien Scheinecker, BA
Barbara Wildfellner

KR. Karl Schönberger
Christian Kittenbaumer

ÖVP-Gemeinderatsfraktion

Stadtrat (ohne Gemeinderatsmandat):
Peter Lehner

Gemeinderäte:

Dr. Peter Csar
Andreas Weidinger

Stefan Haböck
Markus Wiesinger

Augustine Hacker
Walter Zaunmüller

GRÜNE-Gemeinderatsfraktion

Gemeinderäte:
MMag. Stefanie Rumersdorfer Mag. Walter Teubl Mag. Peter Sönsner

NEOS

Gemeinderat:
Markus Hufnagl

Vom Magistrat:

MD Dr. Peter Franzmayr
sowie leitende MitarbeiterInnen des Magistrates

Schriftführer:

W.OAR. Inge Maderthaner
Helga Rosenberger

Entschuldigt:

GR. Ing. Olivera Stojanovic, BSc, GR. Mag. Bernhard Humer

Verlauf der Sitzung

Der Bürgermeister eröffnet die Sitzung, begrüßt alle Anwesenden und stellt fest, dass

- a) die Sitzung ordnungsgemäß einberufen wurde,
- b) die Verständigung gemäß der vorliegenden Einladung vom 20.05.2021 an alle Mitglieder des Gemeinderates schriftlich erfolgt ist und am gleichen Tage öffentlich an der Amtstafel kundgemacht wurde,
- c) die Beschlussfähigkeit gegeben ist.

Nachwahl in die Ausschüsse des Gemeinderates
DI-Verf-007-2015

Bgm. Dr. Rabl: Die ÖVP-Gemeinderatsfraktion hat einen Wahlvorschlag für eine Nachwahl in die Ausschüsse des Gemeinderates eingebracht. Dieser lautet:

Sozial- und Wohnungsausschuss

GR. Markus Wiesinger als Ersatzmitglied anstelle von GR. Walter Zaunmüller

Umwelt-, Frauen- und Gesundheitsausschuss

GR. Augustine Hacker als Ersatzmitglied anstelle von GR. Walter Zaunmüller

Kulturausschuss

GR. Markus Wiesinger als Mitglied anstelle von GR. Walter Zaunmüller

GR. Stefan Haböck als Ersatzmitglied anstelle von GR. Markus Wiesinger

Die vorstehend angeführten Wahlvorschläge werden in Fraktionswahl mit

5 Ja-Stimmen (ÖVP-Fraktion ohne GR. Zaunmüller)
gegen 1 Stimmenthaltung (GR. Zaunmüller)

angenommen.

Anfragen

Anfrage der GRÜNE-Gemeinderatsfraktion
an Herrn Bürgermeister Dr. Rabl betreffend
Studien und Gutachten
Verf-015-W-23-2021

Sehr geehrter Herr Bürgermeister!

Gemäß § 10 GOGR richte ich folgende Anfrage an Sie:

Welche Studien und Gutachten sind im Laufe Ihrer Amtszeit beauftragt worden?

1. Welche Kosten haben diese Studien und Gutachten insgesamt verursacht und wieviel kostete jede von ihnen?
2. Wie wurden die Gutachter/StudienautorInnen ausgewählt? Gab es eine Ausschreibung? Wenn nein, wer hat darüber entschieden?
3. Nach welchen Kriterien werden Gutachter/StudienautorInnen ausgewählt?
4. Welche dieser Studien und Gutachten wurden nicht veröffentlicht und warum ist deren Veröffentlichung unterblieben?

Bgm. Dr. Rabl: Aufgrund des Umfangs der vorbereiteten Antwort werde ich diese Anfrage schriftlich beantworten.

Anfrage der ÖVP-Gemeinderatsfraktion
an Vzbgm. Silvia Huber betreffend Impfdosen
gegen die saisonale Grippe (Influenza)
Verf-015-W-24-2021

Sehr geehrte Frau Vzbgm. Huber!

Am 19. Oktober 2020 wurde im Gemeinderat der Stadt Wels einstimmig folgender Antrag beschlossen:

„Die Gesundheitsreferentin der Stadt Wels wird aufgefordert in Erfahrung zu bringen, in welchem Umfang, zu welchem Preis und mit welchen Lieferzeiten Impfdosen gegen die saisonale Grippe 2020/21 (Influenza) zur Verfügung stehen, um der Welser Bevölkerung eine Schutzimpfung gegen die saisonale Grippe 2020/2021 kostenlos anbieten zu können.“

Dazu ersuche ich um Beantwortung folgender Fragen:

- Wurde dieser Antrag in einem Ausschuss behandelt?
- Konnte in Erfahrung gebracht werden, zu welchem Preis und mit welchen Lieferzeiten Grippeimpfstoff zur Verfügung steht?
- Wurden Impfdosen bestellt? Falls NEIN – Warum wurden keine bestellt?
Wird es heuer eine kostenlose Grippe-Impfung seitens der Stadt Wels geben?

Diese Anfrage wurde für die heutige Sitzung wegen Pfingstmontag nicht rechtzeitig eingebracht. Die gesetzlichen Fristen für eine Beantwortung haben daher noch nicht zu laufen begonnen.

Nach meinen Informationen wird Vzbgm. Huber diese Anfrage trotzdem heute beantworten.

Vzbgm. Huber: Lieber Kollege Wiesinger, deine Fragen werde ich wie folgt beantworten:

- Wurde dieser Antrag in einem Ausschuss behandelt?
Antwort: Ja, im 17. Umweltausschuss vom 30.11.2020. Die ÖVP-Fraktion, vertreten durch Dr. Csar, war leider entschuldigt.

- Konnte in Erfahrung gebracht werden, zu welchem Preis und mit welchen Lieferzeiten Grippeimpfstoff zur Verfügung steht?

Antwort: Damals herrschte in Österreich absoluter Impfstoffmangel und gleichzeitig eine höhere Impfbereitschaft als in den Vorjahren. In Erinnerung rufen darf ich, in den Vorjahren musste Impfstoff weggeworfen werden. Im Corona-Jahr war die Bereitschaft jedoch plötzlich höher, das führte zu einem echten Engpass. Mit der Nachfrage stieg auch der Preis von rund 8 bis 12 Euro Einkaufspreis lagen wir schon bei 25 bis 30 Euro. Wir haben uns dann wirklich erkundigt bei allen Playern in diesem Bereich. An dieser Stelle möchte ich mich auch bei StR. Peter Lehner bedanken, der ebenfalls Kontakt mit einer Pharmafirma aufnahm. Also die Amtsärztin, StR. Lehner und ich haben alle möglichen Ansprechpartner kontaktiert. U.a. den Präsidenten der Apothekerkammer OÖ., Mag. Thomas Veitschegger, den Landesleiter der OÖ. Gesundheitskasse, Harald Schmadlbauer, den Wiener Gesundheitsstadtrat Peter Hacker sowie dem Verantwortlichen der Pharmafirma Phago, Andreas Windischbauer.

Trotz aller Bemühungen ist es zum damaligen Zeitpunkt nicht gelungen weiteren Impfstoff zu beschaffen.

- Wurden Impfdosen bestellt? Falls NEIN – Warum wurden keine bestellt?
Antwort: Nein, weil es schlichtweg zu diesem Zeitpunkt keine Impfdosen gab.

- Wird es heuer eine kostenlose Grippe-Impfung seitens der Stadt Wels geben?
Antwort: Derzeit ist es nicht geplant. Ich warte die Ergebnisse der OÖ. Gesundheitskasse ab. Es gibt ganz sicher wieder eine Impfkaktion für die Bewohner der Alten- und Pflegeheime und die Kinderimpfkaktion. In Planung – so die Auskunft – ist eine Impfkaktion für alle über 60-Jährigen. Letztere muss jedoch noch mit dem Bund abgeklärt werden – so die Gesundheitskasse. Es wurde mir versprochen in drei bis vier Wochen über die Entscheidung informiert zu werden, ob dies so stattfinden wird. Einen Mangel an Impfstoff wird es heuer – so die Experten – nicht geben. Man meinte, dass mit einer großen Nachfrage so wie letztes Jahr nicht zu rechnen ist.

Mitteilungen des Bürgermeisters

Bgm. Dr. Rabl: Wir überlegten uns, ob wir die Maskenpflicht im Gemeinderat aufrecht erhalten ja oder nein. Von mir wurde vorgeschlagen, nachdem in den Gasthäusern bei Einhaltung der 3 G-Vorschriften auch vier Personen an einem Tisch sitzen dürfen, dass auch im Gemeinderat ähnliches zu gelten hat. D.h. alle, die entweder getestet, geimpft oder genesen sind, können aus meiner Sicht die Masken abnehmen. Es steht jedem natürlich frei sie oben zu lassen, wenn jemand das möchte. Der jeweilige Fraktionsobmann ist dafür zuständig die Einhaltung dieser „3 G´s“ zu prüfen. Wenn er das nicht machen will, liegt es in der jeweiligen Fraktion selbst. In der Freiheitlichen Fraktion hat es eine derartige

Prüfung gegeben. Bei den Stadtregierungsmitgliedern ist der Bürgermeister dafür verantwortlich, dass die „3 G´s“ eingehalten werden – wurde mir gesagt. Ähnlich wie der Gastwirt übernimmt der Fraktionsobmann für die Fraktion und der Bürgermeister für den Stadtsenat diese Prüfungspflicht. Ich glaube aber wir können schon darauf vertrauen, dass dies so ist.

Bgm. Dr. Rabl übergibt den Vorsitz an Vzbgm. Kroiß.

Aktuelle Stunde

Die FPÖ-Gemeinderatsfraktion hat zur Aktuellen Stunde das Thema „Brennpunktschulen“ bekanntgegeben.

Bgm. Dr. Rabl: Das heutige Thema der Aktuellen Stunde ist tatsächlich aktuell, weil sich die Probleme der Sprachdefizite an den Pflichtschulen aufgrund von Corona verschärft haben und immer mehr Lehrkräfte sich darüber Gedanken machen, wie man mit diesen Problemen und in der Folge mit der Zukunft der betroffenen Kinder umgehen soll oder nicht. Wir verstanden es als Kernaufgabe zumindest in jenen Einrichtungen, die von der Stadt Wels betrieben werden, ausreichende Sprachkenntnisse zu vermitteln. Das betrifft insbesondere die Kindergärten. Das ist auch der Grund warum es eine völlige Umstellung der Sprachförderung gab, sodass jetzt in Kleingruppen ab dem 3. Lebensjahr diese Sprachförderung entsprechend eingeführt wurde.

Die Erfolge wurden zwischenzeitig bestätigt durch eine eigene Studie der Pädagogischen Hochschule Linz, die sagt, dass diese Art der Sprachförderung erstens hocheffizient ist und zweitens naturgemäß auch einen Nutzen bringt. Darüber sind wir froh, weil damit Wels ein Best-Practise-Beispiel setzte. Auch der Rechnungshof sagt inzwischen so wie Wels das macht, könnte es Vorbildwirkung für sehr viel mehr haben.

An dieser Stelle auch ein Dank an das Land OÖ, welche erhebliche Kosten der Sprachförderung in den Kindergärten mitübernimmt. Auch das Land hat daher die Problematik hinsichtlich der fehlenden Sprachkenntnisse erkannt.

Insgesamt sind in Wels 40 Sprachpädagogen im Einsatz, die in den Kinderbetreuungseinrichtungen diese Sprachförderung tatsächlich abhalten. Das Problem, das wir derzeit sehen ist, dass es eine völlig unterschiedliche Einschätzung gibt was den Sprachförderbedarf in den Schulen und in den Kindergärten betrifft. Der Sprachförderbedarf in den Kindergärten wird ja ebenfalls mit Sprachstandfeststellungen erhoben. Wenn diese ein Defizit ergeben, tritt die Sprachförderung in Kraft. In den Schulen kommt es dann zu einer oft nicht ganz verständlichen, wesentlich höheren Einstufung von Kindern mit Sprachförderbedarf. Derzeit sind wir von ungefähr 4.400 Volks- und Mittelschülern bei 3.000 Kindern, die einen Sprachförderbedarf haben. Die Arbeiterkammer machte dazu eine Studie und stellte fest, die Stadt Wels hat hier eindeutig den größten Sprachförderbedarf.

Umso erfreuter waren wir als Stadt als wir hörten, dass Bundesminister Fassmann ein Programm ins Leben gerufen hat mit dem ursprünglichen Namen „100 Brennpunktschulen“. Ziel dieses Programms war es jene Schulen zu unterstützen mit

Sprachpädagogen, Unterstützungspersonal aber auch Sachpersonal, die einen erhöhten Sprachförderbedarf aufgrund der Zusammensetzung der Schüler haben.

Wels ist ganz vorne mit dabei; ich kann nur sagen, dass von derzeit 14 Schulen 11 Schulen diesen erhöhten Sprachförderbedarf haben. Die Sprachförderung auch in den Schulen ist für uns extrem wichtig. Wir haben daher unmittelbar nach Bekanntwerden dieses Programms an Bundesminister Dr. Faßmann geschrieben und diesen ersucht, er möge die Stadt Wels mit den Schulen, die es wirklich dringend brauchen, berücksichtigen.

In der Folge gab es noch ein Gespräch mit dem Landesschulrat und der Pflichtschulinspektorin und wir haben unsere Position diesbezüglich nochmals erklärt. Dort wurde uns mitgeteilt, dass es derzeit noch keine endgültige Entscheidung über den tatsächlichen Ablauf gibt.

Tatsache ist (es sind jetzt erste Details durchgedrungen), das Programm heißt inzwischen anders, und zwar „100 Schulen – 1000 Chancen“. Ein sicher schönerer Name, das Problem bleibt aber das gleiche. Es sollen nach uns vorliegenden Informationen seitens der Stadt derzeit 6 Schulen in dieses Sprachförderprogramm einbezogen werden. Wir halten das für zu gering – es wird der Problematik in der Stadt Wels nicht zur Gänze Rechnung getragen. Das ist der Grund warum wir erneut an den Bundesminister Dr. Faßmann geschrieben haben mit der Bitte, man möge diese Entscheidung nochmals überdenken. Wir wiesen erneut darauf hin wie wichtig es für die Stadt ist, dass die Sprachförderung frühzeitig funktioniert aus dem ganz einfachen Grund, weil wir zwei Sachen feststellen.

Wenn eine Sprachförderung nicht regelmäßig stattfindet – da meine ich nicht nur in den jeweiligen öffentlichen und staatlichen Institutionen, sondern auch zu Hause -, verlernen die Kinder sehr schnell das Gelernte. Das sah man jetzt bei Corona, wo die Institutionen nicht ausreichend besucht werden konnten. D.h. es braucht ein stringentes System durchgehend vom Kindergarten bis in die Mittelschule, damit die Sprachdefizite tatsächlich ausgeglichen werden können. Wenn eine Stelle dazwischen abreißt, ist es immer nachteilig für das Kind. In diesem Zusammenhang müssen wir wissen, dass wir dem Kind eine Teilnahme am beruflichen, gesellschaftlichen und sozialen Leben erschweren, wenn diese Sprachkenntnisse nicht im ausreichenden Ausmaß vorhanden sind. Weil dann kommt es genau zu diesen Gruppenbildungen, wo man nur mit jenen Personen spricht, mit denen man sich auch unterhalten kann. Nämlich jene, die der gleichen Sprachgruppe angehören. Weshalb es aus meiner Sicht ganz dringend notwendig ist, diese Sprachförderung auch in den Schulen entsprechend weiter zu forcieren.

Dazu brauchen wir die Unterstützung des Bundes, aber auch die Unterstützung aller beteiligten Eltern – das kann ich nicht genug betonen. Wir wissen, dass Kinder jener Eltern, die ihre Kinder zu Hause unterstützen beim Spracherwerb, einen wesentlich schnelleren Lernfortschritt haben. Aus diesem Grund hat die Referentin Josseck-Herdt dankenswerter Weise eigene Sprachboxen in Auftrag gegeben. Sogenannte „Wochenend-Koffer“, mit denen man die Eltern animieren und motivieren kann gemeinsam mit den Kindern am Wochenende etwas zu tun, um die Sprache besser zu erlernen.

Betonen möchte ich, diese Diskussion sollte sachlich geführt werden im Interesse der betroffenen Kinder. Es ist wichtig sich dieses Problems anzunehmen. Eine Verkürzung auf die Thematik „die Stadt Wels selbst könnte etwas tun mit mehr Sprachpsychologen, Sprachpädagogen und Schulsozialarbeiter einstellen“ geht aus meiner Sicht ins Leere, weil

es ein anderes Themenfeld ist. Man kann immer alles noch mehr machen – das stimmt! Aber ich glaube man sollte eines nach dem anderen abarbeiten. Hier geht es um die Sprachvermittlung. Das ist kein soziales Problem, sondern ein Sprachdefizit-Problem. Dieser Einwand wird kommen - ich weiß. Die Schulsozialarbeit ist nach meinen Informationen eine Landesangelegenheit. Dazu hat das Land OÖ bereits einen ersten Schritt getan, der zweite Schritt hängt an der Landesrätin Gerstorfer. Dort wurde das nicht umgesetzt - aus welchen Gründen auch immer. Das konnte ich nicht erschließen. Aber vielleicht weiß Frau Vzbgm. Raggl-Mühlberger in dieser Frage etwas mehr. Es kann auf jeden Fall nicht sein, dass Versäumnisse von anderen auf Kosten der Stadt Wels „ausgebügelt“ werden sollen. Mir ist es in diesem Zusammenhang wichtig, dass in dieser Frage generell etwas passiert. Deswegen ist es auch so wichtig den Bund auf diese besondere Situation der Stadt Wels aufmerksam zu machen.

Noch eine kleine Zahl: Sieht man sich an wo die Sprachdefizite etwa genauso hoch sind wie in Wels, dann liegen Steyr und Linz bei 60 und 50 %, in Rohrbach liegt dieser Wert unter 10 %. Da sieht man schon die ungleiche Verteilung. Das hängt damit zusammen, wo die Migration tatsächlich stattfindet. Tatsache ist, in den Ballungszentren findet die Migration stärker statt als auf dem Land. Deshalb ist es nur richtig und nachvollziehbar, dass die Verteilung der Mittel auch über das Land geregelt wird bzw. sogar über den Bund, wenn es sich um eine österreichweite Aktion handelt.

Wir sollten daher diese Gelegenheit wahrnehmen und eigene Kanäle, die wir an das Bundesministerium haben, nützen, um auf diese Thematik aufmerksam zu machen und ersuche sie diesbezüglich aktiv zu werden.

GR. MMag. Rumersdorfer: Danke für diese Aktuelle Stunde. Das Thema ist tatsächlich aktueller denn je. Ich bin mir sicher man könnte es ein wenig anders framen. Schon alleine der Begriff Brennpunktschule ist einfach etwas Stigmatisierendes. Da wird der Schule ein Stempel aufgedrückt. Aus unserer Sicht ist Mehrsprachlichkeit keine Last, sondern eine Kompetenz. Beispielsweise hätte man die Überschrift der Pressekonferenz der Frau Stadträtin und dem Bürgermeister auch nennen können „gelebte Mehrsprachlichkeit –51 % der Kindergartenkinder haben die Fähigkeit mehrere Sprachen zu sprechen“. Also man kann dies auch positiv beurteilen und positiv framen.

Zwischenruf Bgm. Dr. Rabl: Schön wäre es, wenn es mehrsprachige Kinder sind.

GR. MMag. Rumersdorfer: Wir können gerne noch darüber diskutieren, kein Problem. Es ist keine Neuigkeit, der Schulerfolg in Österreich hängt mehr als in anderen Ländern vom Bildungskapital der Eltern ab und somit sind es ganz viele Maßnahmen, die in Angriff genommen werden müssen, um das auszugleichen. Es haben viele Eltern – ich habe mit stigmatisierten Gruppen gearbeitet – keine Möglichkeit die Kinder entsprechend zu unterstützen. Daher braucht es eine niederschwellige Elternbildung mit den Migrantenvereinen aber auch Deutschkurse für die Eltern, die aber auch an die Zielgruppe angepasst sein sollen. D.h. beispielsweise Sprachkurse wie „Mama lernt Deutsch“, die vormittags stattfinden und nicht am Abend. Vielleicht auch mit einer Kinderbetreuung für die kleinen Kinder, während die großen Kinder in der Schule sind. Es gibt solche Kurse, ich selbst habe solche Kurse gehalten.

Es ist nicht nur ein Problem des Sprachdefizits, sondern tatsächlich auch ein soziales, welches in Angriff genommen werden muss. Vor allem Sprachen, wie Italienisch,

Französisch, Spanisch, Russisch, sind sehr positiv besetzt, wenn man solche Sprachen kann. Aber Türkisch, Albanisch plötzlich nicht mehr. Unser Zugang gestützt auf wissenschaftlichen Studien ist, wenn man die Muttersprache gut beherrscht, hat man eine gute Basis auf Deutsch aufzubauen. Diese Kinder dürfen wir nicht verlieren, sie würden uns dann mehr kosten als jetzt. Daher ist auf alle Fälle unser Zugang diese sozialpädagogischen Instrumente in unserer Stadt auszubauen, um diese Kinder gut begleiten zu können.

GR. Schäfer, BSc, MSc: 68,8 % Anteil an Schüler mit nichtdeutscher Muttersprache. 81,9 % Anteil an Schüler, die sehr hohen Förderbedarf haben – Quelle: Arbeiterkammer. Aus unserer Sicht ist es völlig unverständlich warum der Bund wenig Ressourcen freigibt, um dieses wichtige Problem hier in Wels zu lösen.

Zum Beitrag der GRÜNEN: In der Bezirksrundschau las ich - dies wurde sinngemäß gesagt - der Wunsch ist da die sprachliche Vielfalt der Kinder zu fördern und ihnen damit zu helfen die gläserne Decke zu durchbrechen. Liebe GRÜNE, das hört sich wildromantisch an, aber mit der Realität hat dies wenig zu tun. Wir dürfen nicht vergessen wir sprechen hier über die Kinder, die nicht einmal dem Unterricht folgen können. D.h. sie können so schlecht die deutsche Sprache, um dem Unterricht zu folgen. In weiterer Folge heißt das für das soziale Umfeld, außerhalb ihrer Community werden sie sich nicht verständigen können. Wenn ich das weiterdenke, auch am Arbeitsmarkt wird es dann richtig schwierig. Deshalb verstehen wir die Kritik hier nicht und aus unserer Sicht ist auf jeden Fall der Bund gefordert weitere Ressourcen zu investieren. Denn wir hörten, die Stadt Wels investiert in die Kindergärten 900.000 Euro jährlich an Lohnkosten für die Pädagogen, die die Sprachförderung durchführen. Das ist ein enormer Betrag. Aus unserer Sicht dient die Sprache als Schlüssel zur Integration, weshalb dies eine Bringschuld der Zuwanderer ist.

Die Elternbefragung in den Kindergärten zeigte, weniger als die Hälfte der Kindergartenkinder sprechen zu Hause deutsch. Ich wiederhole, wir sprechen hier über diese Kinder, die dem Schulunterricht nicht ordentlich folgen können. Es sind in weiterer Folge die Eltern gefordert aber auch die Kulturvereine und religiösen Vereine, damit die Sprache als Schlüssel zur Integration funktionieren kann.

GR. Scheinecker, BA: Es ist kein Geheimnis, dass die SPÖ-Fraktion dafür ist Schulen mit besonderem Förderbedarf besser finanziell auszustatten. Auch die Bundesministerin Mag. Dr. Sonja Hammerschmid sagte, Schulen mit besonderem Förderbedarf benötigen mehr Geld. Es ist gut, dass wir uns als Stadt Wels dafür einsetzen Schulen mit Bundesmitteln auszustatten mit zusätzlichem Betreuungspersonal, Unterstützungspersonal, finanzielle Mittel einfach den Schülern und Lehrern bieten zu können. Bei der finanziellen Unterstützung für Schulen sind wir uns alle einig.

Trotzdem sehen wir, dass wir als Stadt eine Verantwortung haben nicht nur einen Brief an die Bundesregierung zu richten mit der Bitte um mehr Geld, sondern es gibt Ansätze, die wir in die Hand nehmen können. Das fängt an bei der Elementarbildung. Wir wissen die Sprachförderung funktioniert, sie wurde umgestellt, ob sie besser funktioniert als vorher wissen wir nicht, aber Kleinkinder in den Betreuungseinrichtungen profitieren von der Sprachförderung.

Warum wünschen wir uns nicht mit mehr Vehemenz, dass die Kinder mehr in die Betreuungseinrichtung gehen? Als wir z.B. die Nachmittagsgebühren über das Land

einführten wussten wir, einige Kinder werden aus der Betreuung herausgenommen. Das waren unsere Kinder, die nachmittags nicht mehr in die Betreuungseinrichtung gingen. Wir wissen das Sprachumfeld ist wichtig. Damals gab es dazu keinen Aufschrei, keine Aktuelle Stunde. Elementarbildung ist ein Grundsatz die Kinder sprachlich schulfitt zu machen. Hier besteht durchaus noch Handlungsbedarf.

In der Schule haben wir ein ähnliches Szenario – Kinder brauchen Unterstützung, speziell dann, wenn sie die Sprache nicht besonders gut können. Da sind natürlich finanzielle Mittel wichtig. Aber es ist ein Grund für die miteinander verbrachte qualitative Zeit, für die zur Verfügung stehenden Betreuerinnen, ein flächendeckendes niederschwelliges Ganztagesangebot zu haben, das jedes Kind unabhängig davon, ob sich das die Eltern leisten können oder wollen, in Anspruch nehmen kann. Hier sind wir wieder bei der Forderung den Zugang für Kinder zu ermöglichen, egal ob zu Hause die Eltern mit ihnen Deutsch sprechen. Eine kostenfreie Ganztagesesschule wäre eine Möglichkeit. Das könnten wir als Stadt anbieten, es besteht Handlungsbedarf. Wir können natürlich auch den „großen Geldsegen“ der Bundesregierung abwarten. Das wäre schön und wünsche ich mir auch.

Zum Thema Schulsozialarbeit, Unterstützungspersonal etc. muss ich sagen, die für uns bestehenden Möglichkeiten lassen wir alle liegen. Es gab seitens der SPÖ-Fraktion in den letzten Jahren viele Anträge zu diesem Thema. Viele davon wurden abgelehnt oder in einen Ausschuss verwiesen. Im Bereich der Elementarpädagogik dasselbe. In unserem Bildungssystem sollen wir mehr Mittel zur Verfügung stellen. Wir müssen unsere Verantwortung gegenüber den Kindern ernst nehmen.

GR. Wiesinger: Bei diesen Wortmeldungen merkt man bereits die bevorstehenden Wahlen. Kurz vorher kommen immer wieder die gleichen Themen. Diese Vermischung in den Wortmeldungen möchte ich richtigstellen.

Man kann über den Wortlaut „Brennpunktschulen“ diskutieren, mir gefällt er auch nicht besonders. Bei dem von Bundesminister Dr. Faßmann präsentierten Maßnahmenpaket geht es um einen Probetrieb – diesem soll eine Studie hinterlegt werden. Es ist legitim, wenn der Herr Bürgermeister mehr Teilnehmer dafür fordert. Warten wir doch einmal ab was das Ergebnis dieser 100 Testschulen ist.

Es wurde gesagt es gab eine Elternbefragung in den Kindergärten. Die dürfte bei mir jedoch nicht angekommen sein. Mein Informationsstand ist anders. Nämlich es war keine Elternbefragung, nur die Leiterinnen und die Pädagogen wurden befragt, die Eltern nicht. Persönlich habe ich keinen Elternbefragungsbogen bekommen.

Es gab seitens der Stadt eine Pressekonferenz, in der u.a. berichtet wurde was im Kindergarten in Sachen Sprachunterstützung und -förderung gemacht wird. In der sechsseitigen Unterlage dazu wurde kein einziger Dank ausgesprochen. Deshalb stehe ich hier und möchte mich bei den Pädagogen speziell im Kindergartenbereich für die tägliche Sprachförderung bedanken. Das ist der Schlüssel dafür, dass die Kinder in der Volksschule dem Unterricht folgen können. Sprache ist wichtig. Aber jeder, der sich ein bisschen mit Sprachen auskennt (Sprachwissenschaftler, Pädagogen) bestätigt, dass die Muttersprache schon noch besonders wichtig ist.

Gerade als Vater muss ich sagen, das Emotionalste ist die Muttersprache. Würde ich im Ausland leben und mein Kind von der Schule abholen, würde ich ihn nicht beispielsweise

auf Englisch begrüßen, sondern würde sagen: Hallo, grüß dich! Wie war dein Kindergartentag.“ Das dürfen wir bei all dieser Diskussion nicht vergessen, die Muttersprache ist für den Erwerb einer Zweitsprache ganz wichtig.

Auch wir unterstützen jede Fördermaßnahme. Die von Bundesminister Dr. Faßmann vorgeschlagene Studie mit den 100 Unterstützungsschulen ist ganz wichtig. Warten wir ab was passiert und bedanken wir uns bitte bei den Pädagogen, die täglich für unsere Kinder da sind. Gerade die Kindergartenzeit ist die wichtigste Phase für den Spracherwerb. In dieser wertvollen Zeit übergeben wir den Pädagogen unsere Kinder und ich bin jeden Tag wieder überrascht mit welchen neuen Fortschritten mein Sohn nach Hause kommt. Jetzt kann er bereits auf Englisch zählen, das gehört genauso dazu. Ich bin stolz auf die Leistung unserer Pädagogen.

StR. Reindl-Schwaighofer: Lieber Markus, ich glaube nicht, dass du sagen kannst weil der Wahlkampf bevorsteht diskutieren wir über Bildung. Dieses Thema beschäftigt uns bereits seit sechs Jahren - leider mit viel Ablehnung seitens der FPÖ- und ÖVP-Fraktion.

Zum Thema Bildung habe ich eine relativ klare Ansicht. Ich bin Erwachsenenbildner und weiß wovon ich spreche. Viele Reden von Dingen, von denen sie nichts wissen. Ich finde es für nicht redlich, wenn man mich auffordert sachlich zu diskutieren. Wie kann ich sachlich diskutieren, wenn der Bürgermeister, StR. Lehner und ich gemeinsam mit dem Landesbildungsdirektor ein Gespräch haben, der uns ganz genau erzählt um was es bei diesem Projekt „100 Schulen – 1000 Chancen“ geht. Nämlich um eine Laborgeschichte, wo in Österreich Schulen ausgesucht werden um auszuprobieren, was würde denn für bestimmte Standorte, für bestimmte Jugendliche und Kinder in der Zusammensetzung wirken und was könnte in einen Regelbetrieb überführt werden.

Dann macht die FPÖ eine Pressekonferenz zum Thema Bildung (hier würde ich sagen, das hat auch etwas mit den Wahlen zu tun und wir alle miteinander inhaltlich wissen welche Themen gesellschaftlich in Wels gerade wichtig sind). In den Unterlagen kann ich lesen „Herr Dr. Faßmann, wir wollen mehr Schulen als Brennpunktschulen anerkannt haben“, obwohl wir wissen es geht gar nicht darum.

Es sind 6 Schulen, die VS 11 Lichtenegg, VS 2 Stadtmitte, MS 2 Pernau, MS 1 Stadtmitte, MS 6 Vogelweide und die MS 8 Lichtenegg, an diesem Projekt beteiligt. Das Besondere dieses Projektes ist, dass sich die Wiener Universität anschaut, wie denn die Zusammensetzung der Bevölkerung ist, also wie sozial der Chancenindex in einem bestimmten Schulsprengel ist. Von diesem abgeleitet wurden Schulen ausgesucht. Da sind nicht nur die sog. Brennpunktschulen dabei, sondern auch Schulen, die eine hervorragende soziale Durchmischung haben mit einem guten Ergebnis beim PISA-Test usw., weil man einfach wissen will, wenn eine Schule selbst Projekte entwickelt, was das für den Standort und für die Schüler bringen wird.

Das halte ich für total korrekt, da kann der Herr Minister verlangen was er will. Aber dann wird so getan als ginge es darum wir würden benachteiligt werden, weil nur 6 Schulen dabei sind. Bei 100 Schulen österreichweit ist dieser Prozentsatz sogar relativ hoch. Es geht im ersten Schritt nicht darum jetzt einmal Ressourcen zu lukrieren, sondern zu überprüfen mit welchen Ressourcen und mit welchen Methoden könnten wir am Standort helfen. Das wäre eine ehrliche faire Diskussion gewesen. In den Zeitungen steht dann nur, dass wir endlich vom Bund mehr bekommen sollen.

Das ist in Ordnung, ich kann von allen etwas verlangen, ich kann zu allen sagen wir haben eine besondere Situation. Das ist überhaupt keine Frage. Nur wahrhaftig wird es erst dann, wenn ich selber bereit bin etwas zu tun. Wir diskutieren und es besteht die ganze Zeit die Situation, dass wir alle wissen Schule ist nicht nur Lernen, der Prozess zwischen Schüler und Lehrern, sondern viel mehr. Das wissen wir als Großväter, Väter, Mütter. Es ist das gesamte Setting ausschlaggebend. Da brauche ich Schulsozialarbeit, Schulpsychologen. Wenn das Land säumig ist, haben wir als Stadt Hausaufgaben zu machen und dort einzuspringen, wo es notwendig ist.

Wir führten ja nicht einmal das weiter, was nichts kostet. Wie hießen diese niederschweligen eingestellten Projekte? Fadenscheinig sind die Blockflötenspatzen in die Musikschule überführt worden. Wir stellten die Quartiersarbeit in den Stadtteilen ein.

Vzbgm. Kroiß: Ich darf den Kollegen Reindl-Schwaighofer ersuchen zum Abschluss zu kommen, die Redezeit ist mit fünf Minuten beschränkt. Wir haben 5,10 Minuten.

StR. Reindl-Schwaighofer: Dort, wo wir es könnten haben wir nichts gemacht, wir stellten die Unterstützungen sogar ein. Wenn es uns wirklich um die Kinder und die Jugendlichen geht, sollte auch die Stadt Wels im Rahmen ihrer Möglichkeiten etwas tun.

Vzbgm. Kroiß übergibt den Vorsitz an Bgm. Dr. Rabl.

Vzbgm. Kroiß: Weil das Thema Blockflötenspatzen angesprochen wurde, dass dieses Projekt mit fadenscheinigen Argumenten eingestellt und zur Musikschule verlagert wurde, darf ich Folgendes sagen: Dieses Projekt wurde qualitativ aufgewertet, weil Musikschullehrer diese Aufgabe übernommen haben und dieses Thema weiter vom Integrationsfonds gefördert wird. Das Thema hat nichts mit fadenscheinigen Argumenten zu tun. Es gibt auch keine weiteren Projekte, die mit fadenscheinigen Argumenten eingestellt wurden.

Bgm. Dr. Rabl: Danke für diese lebhafte Diskussion. Wir fahren in der Tagesordnung fort.

Dringlichkeitsanträge

Dringlichkeitsantrag der SPÖ-Gemeinderatsfraktion
betreffend umfassende zusätzliche Mittel für Drogenberatung,
Streetwork, schulpsychologische Beratung und Sozialarbeit
in Kinderbetreuungseinrichtungen
Verf-015-I-15-2021

Bgm. Dr. Rabl verliest den in der Anlage 1 beiliegenden Dringlichkeitsantrag.

Nachdem zur Dringlichkeit keine Wortmeldungen abgegeben werden, wird sofort darüber abgestimmt.

Dem Antrag der SPÖ-Gemeinderatsfraktion wird die Dringlichkeit

einstimmig zuerkannt.

Dringlichkeitsantrag der FPÖ-, SPÖ- und ÖVP-Gemeinderatsfraktion
betreffend die Anmietung der Messehallen 3 und 4 für den Betrieb
einer COVID-19-Impf- und Teststraße
Verf-015-I-16-2021

Bgm. Dr. Rabl verliest den in der Anlage 2 beiliegenden Dringlichkeitsantrag.

Nachdem zur Dringlichkeit keine Wortmeldungen abgegeben werden, wird sofort darüber abgestimmt.

Dem Antrag der FPÖ-, SPÖ- und ÖVP-Gemeinderatsfraktion wird die Dringlichkeit

einstimmig zuerkannt.

Bgm. Dr. Rabl: Die beiden Dringlichkeitsanträge werden am Ende der Tagesordnung behandelt. Zu Punkt 1. der Tagesordnung liegt ein Abänderungsantrag der SPÖ-Gemeinderatsfraktion vor, der lautet:

„Der Beschlusstext

„Die Oö. Landesregierung wird aufgefordert von der geplanten Novelle zum Oö. Glückspielgesetz zur Erweiterung von Aufstellungsorten abzusehen.

Darüber hinaus wird die Oö. Landesregierung aufgefordert eine Gesetzesvorlage auszuarbeiten, die das Aufstellen und den Betrieb von Glückspielautomaten, welche in die Gesetzgebungskompetenz des Landes fallen, verbietet.

ist wie folgt abzuändern:

~~„Die Oö. Landesregierung wird aufgefordert von der geplanten Novelle zum Oö. Glückspielgesetz zur Erweiterung von Aufstellungsorten abzusehen.~~

~~Darüber hinaus wird die ... Die Oö. Landesregierung wird aufgefordert eine Gesetzesvorlage auszuarbeiten, die das Aufstellen und den Betrieb von Glückspielautomaten, welche in die Gesetzgebungskompetenz des Landes fallen, verbietet.~~

Begründung:

Von der geplanten Novellierung des Oö. Glückspielgesetzes zur Erweiterung von Aufstellungsorten wurde bereits abgesehen.“

Bitte diesen Abänderungsantrag in die Debatte miteinzubeziehen.

1.)

vordringlicher Initiativantrag der SPÖ-Gemeinderatsfraktion
betreffend Novelle zum Oö. Glückspielgesetz;
Resolution an die Oö. Landesregierung
Verf-015-I-14-2021

GR. Ganzert: Wie sie sicherlich wissen ist es der SPÖ-Fraktion bereits seit vielen Jahren ein Anliegen dem illegalen Glückspiel aber auch dem legalen, sogenannten kleinen Glückspiel den Riegel vorzuschieben. Bereits im Jahr 2017 stand ich hier im Rahmen einer Aktuellen Stunde. Anschließend wurden einige Anträge eingebracht, weil wir unser Ziel erreichen möchten, nämlich die Stadt Wels und ihre Bevölkerung vor den Folgen dieses Glückspielwildwuchses in unserer Stadt zu schützen. Von einem ehemaligen FPÖ-Landesrat hörten wir, es soll sich hier um sog. mafiöse Strukturen handeln.

Daher sind wir erneut hellhörig geworden als wir den Medien entnahmen, es gab einen Plan der Landes-ÖVP und -FPÖ eine Novellierung des Oö. Glückspielgesetzes vorzunehmen, und zwar mit der Ausweitung, dass diese Automaten nun auch an anderen Orten aufgestellt werden können, z.B. in Kinos, Einkaufszentren, Trafiken, Tankstellen oder dergleichen ohne Einschränkungen der Öffentlichkeit und der Öffnungszeiten. Mittlerweile stellten wir den Abänderungsantrag, weil sich zwischen dem Abgabetermin für den Antrag und der heutigen Sitzung eine Wende ergab. Wie ich von unserem Clubvorsitzenden im Oö. Landtag berichten kann, wird davon Abstand genommen das entsprechend zu ändern bzw. zu erweitern. Das freut uns natürlich sehr.

Nichtdestotrotz bleibt die Problematik des Glückspiels, vor allem des illegalen Glückspiels mit all den Folgen, die damit einhergehen bestehen. Wir stellten bereits öfter solche Anträge, die aber leider immer in den Ausschuss verwiesen wurden. Im Gemeinderat wurde darüber lebhaft diskutiert. Wir erklärten es gibt Bundesländer in Österreich, die das kleine Glückspiel einfach verboten haben, z.B. Wien. Es wäre schön, wenn jedes Bundesland in Österreich hergehen und sagen würde, das kleine Glückspiel hat bei uns in dieser Form nichts verloren. Diese Anträge wurden immer wieder in den Ausschuss verwiesen (Sicherheits-, Sport- und Integrationsausschuss), werden dort fadenscheinig behandelt, Ergebnis ist es kommt dabei nichts heraus.

Deswegen möchten wir ganz einfach noch einmal die Möglichkeit nutzen. Wer genau schaut sieht, dass sich auf der zweiten Seite des Antrages eine gewisse Ähnlichkeit des Textes ergibt zu unserem Antrag aus dem März 2020. Und zwar, wir wollen gemeinsam als Stadt Wels mit einer Resolution die Oö. Landesregierung auffordern eine Gesetzesvorlage auszuarbeiten, welche das Aufstellen und den Betrieb von Glückspielautomaten, die in die Gesetzgebungskompetenz des Landes fallen, verbietet, damit wir diese Problematik endlich lösen können.

Mittlerweile bin ich es satt ständig Presseaussendungen zu lesen, wo man vermeintliche Erfolge mit der Finanzpolizei feiert. Diese machen eine tolle Arbeit. Wer es sich anschaut

weiß wie die Polizei und die Finanzpolizei dagegen ankämpfen müssen – Hut ab, es ist viel zu tun! Aber ich würde endlich gerne einmal lesen, dass wir das per sé verbieten und damit die Arbeit leichter machen und Probleme leichter lösen können.

Es wird dann immer noch Hürden geben dies zu beweisen – ich weiß -, da werden Systeme ausgeschaltet und immer wieder versucht nach Lösungen zu suchen. Wir sollten jedoch selber etwas in die Hand nehmen. Darum meine Bitte: Stimmen wir uns ab, sagen wir der Öffentlichkeit wofür wir sind. Sind wir weiterhin für kleines Glückspiel im Land OÖ? – dann kann man sagen, nein, dieser Antrag ist einfach fehl am Platz oder wollen wir das kleine Glückspiel verhindern? Wir können es leider nicht entscheiden, es liegt in der Kompetenz des Landes. Aber wir können als zweitgrößte Stadt ein starkes Signal an das Land OÖ senden und sagen, bitte denkt darüber nach, macht endlich das kleine Glückspiel illegal in Oberösterreich. Ich bitte daher um entsprechende Diskussion und wenn möglich auch um Beschlussfassung. Die Welser sollen sehen, wo die jeweiligen Fraktionen in dieser Frage stehen.

GR. Weidinger: Stefan Ganzert gebe ich soweit Recht, dass das illegale Glückspiel verboten gehört. Du verwechselst sehr viel in deiner Wortmeldung. Wien hat das kleine Glückspiel überhaupt verboten – aber dort stehen die meisten illegalen Automaten in ganz Österreich. D.h. ja nicht, wenn das Glückspiel verboten wird, kann ich als Betreiber keine Automaten aufstellen. Bin ich ein Gastwirt, das Glückspiel ist verboten und es kommt die sog. „Glückspielmafia“ die sagt, ich gebe dir € 10.000,- monatlich für das Aufstellen eines Automaten, dann möchte ich denjenigen sehen, der sagt „Nein das tue ich nicht, weil es ist verboten“. Das ist ein Wiener Problem.

Oberösterreich geht einen anderen Weg. Es gibt Glückspiellizenznehmer, die auch Steuern dafür bezahlen, die kritisieren in OÖ das illegale Glückspiel. In OÖ gibt es auch das legale Glückspiel - das sog. kleine Glückspiel. In diesen Glückspiellokalen gibt es den sog. Spielerschutz. Man kann sich dort selbst aus dem Spiel nehmen und sich sperren lassen. Man geht hinein, es wird der Ausweis kontrolliert, es wird aufgezeichnet, es ist ein Drehkreuz vorhanden, wo man den Spielerausweis hineingeben muss. Daran erkennt man auch das legale Glückspiel. Diese Betreiber wollen nur eines: Sie sagen wir zahlen in OÖ Steuern, das ist nicht wenig Geld, es sind einige Millionen Euro, und kritisieren nur den von dir angesprochenen Hinterhofwirt, Tankstellenautomaten. Im Unterausschuss des Landes wurde die dementsprechende Novelle abgelehnt. Die Betreiber versuchen das zu bekämpfen.

Die Polizei und die Finanzpolizei überprüfen immer wieder sehr erfolgreich die Lokalitäten. Es stehen dutzende Automaten bei uns im Polizeihof. Deswegen müssen wir uns entscheiden. Wenn wir sagen wir lehnen das Glückspiel generell ab, dann müssen wir auch das Glückspiel im Internet und vielleicht auch in der Trafik ablehnen. Es gibt viele Menschen, die sehr viel Geld in irgendwelche Glückslose etc. investieren. Da reden wir noch gar nicht von diesen Fällen im Internet. Im Internet wird das meiste Geld ausgegeben. Das haben wir gar nicht unter Kontrolle. Wenn wir jetzt sagen wir lehnen das Glückspiel ab, dann müssen wir uns natürlich auch die Frage stellen, wie können wir das Glückspiel auch im Internet ablehnen?

Die ÖVP-Fraktion unterstützt die Richtung „schlagkräftige Finanzpolizei zur Bekämpfung des illegalen Glückspiels in den Gasthöfen, Tankstellen etc.“ Lassen wir doch das kleine Glückspiel, wo am wenigsten passiert von den unglücklichen Seelen, die Haus und Hof

verlieren und süchtig werden. Das passiert in den wenigsten Fällen. Die suchterkrankten Spieler - mit denen habe ich bereits gesprochen - bestätigten mir, es ist das illegale Glückspiel wo es um nur mehr ein paar hundert Euro geht, die man hineingeben kann. Das ist das Gefährliche. Das legale Glückspiel ist nicht so gefährlich – einfach gesagt!

Deswegen würden wir gerne darüber nochmals diskutieren und ich stelle hiermit den Antrag zur Geschäftsordnung, diesen Initiativantrag der SPÖ-Gemeinderatsfraktion in den zuständigen Ausschuss zu verweisen.

Der Antrag zur Geschäftsordnung von GR. Weidinger auf Zuweisung des Initiativantrages (Anlage 3) der SPÖ-Gemeinderatsfraktion in den zuständigen Ausschuss zur Beratung und Diskussion wird mit

19 Ja-Stimmen (FPÖ- + ÖVP-Fraktion ohne GR. Zaunmüller)
gegen 14 Nein-Stimmen (SPÖ- + GRÜNE-Fraktion, NEOS, GR. Zaunmüller)

angenommen.

GR. Wohlschlager ist bei der Abstimmung nicht im Sitzungssaal anwesend.

Bgm. Dr. Rabl dankt für die Berichterstattung.

Berichterstatter Gemeinderat Mag. Walter Teubl

2.)

vordringlicher Initiativantrag der GRÜNE-Gemeinderatsfraktion
betreffend Klimastrategie
Verf-015-I-13-2021

GR. Mag. Teubl: Der vorliegende Antrag ist ein Auftrag an den Bürgermeister der Stadt Wels in Sachen Klimapolitik nicht immer nur Erfolge abzufeiern, sondern endlich einmal Klartext zu reden im Hinblick darauf, wie er es sich vorstellt die Stadt Wels bis zum Jahr 2030 klimafit zu machen.

Unser Antrag lautet wie folgt: Der Bürgermeister wird beauftragt, dem Gemeinderat bis zur nächsten Gemeinderatsitzung eine Klimastrategie der Stadt Wels zum Beschluss vorzulegen. Darin sind Maßnahmen aufzulisten, mit denen sichergestellt werden kann, dass die Stadt Wels bis 2030 die selbstgesteckten Ziele erreicht.

Dieser Antrag wendet sich also direkt an sie, Herr Bürgermeister. Denn sie haben die Hauptverantwortung für unsere Stadt und somit auch die Verantwortung dafür, dass Wels die Klimakrise ohne allzu großen Schaden übersteht. Die sogenannte Evaluierung des Klimabeitrages, den wir EnergieStadt-Konzept nennen, die uns Gemeinderäte kürzlich

präsentiert worden ist, lässt unseres Erachtens in keiner Weise erkennen, dass sie diese Aufgabe ernst nehmen. Dieses uns vorgelegte Papier war alles andere als eine Evaluierung. Es enthielt nicht eine einzige Kennziffer, die wirklich erkennen ließe inwieweit die einzelnen Zielgrößen, die in diesem EnergieStadt-Endbericht von 2013 definiert worden sind, tatsächlich bis zum Jahr 2020 erreicht wurden.

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, mit dem EnergieStadt-Projekt hatte sich die Stadt Wels unter ihrem Vorgänger ganz vorne im Kampf gegen die Klimakatastrophe positioniert. Mit dem Endbericht dieses Projektes wurde im Jahr 2013 eine unseres Erachtens wirklich vorausblickende Strategie mit einem enormen Potential vorgelegt. Seit ihrem Amtsantritt im Jahr 2015 wurde aber dieser Weg leider verlassen und der Klimaschutz wird von ihnen und von der gesamten Stadtregierung als eher nebensächliche Angelegenheit abgetan.

Wie sieht jetzt tatsächlich die Zwischenbilanz anno 2020 aus? Es gibt natürlich Positives zu vermelden. Mit der Inbetriebnahme des neuen Kraftwerks Traunleiten wird die Stadt Wels zu 100 % mit Öko-Strom versorgt. Nach der Stilllegung des alten Fernheizwerkes wird auch die Versorgung der Stadt Wels mit Fernwärme klimaneutral erfolgen können. Die eww ag hat also ihre Hausaufgaben gemacht. Das ist äußerst erfreulich.

Das sind aber auch schon die einzigen Lichtblicke in Sachen Klimaschutz. In den Bereichen, in denen die Stadt Wels zuständig ist, sieht es unseres Erachtens eher düster aus. Die beabsichtigte Reduktion des Energieverbrauches ist zum Beispiel kläglich misslungen. Statt 16 % weniger zu verbrauchen (im Vergleich zu 2009), ist der Energieverbrauch sogar gestiegen. Das liegt u.a. auch am Auslaufen der früher existierenden Umweltförderung.

Beim ökologischen Fußabdruck der Welser Bevölkerung konnte ebenfalls keine Verbesserung erreicht werden. Dieser Wert, der alle Bereiche des Lebens umfasst und somit die Klimabelastung pro Person abbildet, ist praktisch gleichgeblieben. Geplant war aber eine Reduktion um 20 % bis zum Jahr 2020.

Und schließlich die größte Baustelle – die Mobilität. Der Verkehr in unserer Stadt nimmt nicht nur insgesamt zu, der Anteil des motorisierten Individualverkehrs und Gesamtverkehrsaufkommens ist zudem noch gewachsen statt wie vorgesehen deutlich reduziert zu werden.

Insgesamt muss man also sagen, die Zwischenbilanz auf halben Weg bis zum Jahr 2030 fällt eher düster aus. Da aber die Zielsetzungen von jetzt bis zum Jahr 2030 noch viel ambitionierter sind – geplant ist eine Reduktion des CO²-Ausstosses um 28 % und des ökologischen Fußabdrucks um 30 % -, denken wir ist es höchste Zeit einmal einen wirklich ambitionierten Maßnahmenkatalog vorzulegen, damit die Erreichung dieser Ziele vielleicht doch noch sichergestellt werden kann.

Meine Damen und Herren, wir GRÜNE haben schon eine Unmenge von klimawirksamen Maßnahmen in diesem Haus vorgeschlagen. Die Palette reicht – wenn ich sie erinnern darf – von der Eindämmung der Bodenversiegelung über die Förderung von Fassaden- und Dachbegrünungen bis zu einer Solarenergieoffensive. Von der Schaffung einer autofreien Innenstadt und dem massiven Ausbau von Radwegen und des öffentlichen Verkehrs bis zum Schutz von Grünflächen. Leider wurden alle diese Anträge vom Gemeinderat nicht angenommen.

Deshalb stellen wir als GRÜNE-Fraktion heute im Gemeinderat diesen Antrag. Den Antrag, dass vom Bürgermeister noch vor dem Sommer – denn wir haben keine Zeit zu verlieren – eine konkrete Liste von Maßnahmen vorgelegt werden soll, von denen er glaubt, dass mit ihnen die Erreichung der selbstgesteckten Klimaziele möglich sein wird. Das ist nicht zu viel verlangt, das ist die ureigenste Aufgabe eines Stadtoberhauptes und ich ersuche sie deshalb um Zustimmung zu diesem Antrag.

Bgm. Dr. Rabl übergibt den Vorsitz an Vzbgm. Kroiß.

Bgm. Dr. Rabl: Sehr geehrter Herr Mag. Teubl! Nachdem sie mich schon direkt ansprechen, erlaube ich mir eine kurze Replik. Die Stadt Wels als Energiehauptstadt – diese Positionierung hat sie ja Anfang der 2000er-Jahre tatsächlich erhalten - hat diesen Kurs sehr konsequent fortgesetzt. Wir haben im Gemeinderat Maßnahmen beschlossen, wie wir den CO²-Fußabdruck verbessern und weitere CO²-Erhöhungen verhindern. Eine Evaluierung dieses Berichtes hat ergeben, dass fast alle tatsächlich beschlossenen Maßnahmen auch so umgesetzt worden sind. Also ganz wenige Maßnahmen haben wir nicht geschafft aus dem Grund, weil sich technisch einfach viel geändert hat. Immerhin ist dieser GR-Beschluss mehrere Jahre alt und die Wasserstofftechnologie ist gar nicht erwähnt, dafür gibt es noch Solarzellen, die verwendet werden sollen. Es wurde auf eine Homepage verwiesen, die es gar nicht mehr gibt. D.h. solche Maßnahmen konnten wir nicht verwirklichen.

Aber wir haben unfassbar viel weitergebracht gerade in den Bereichen, die sie jetzt angesprochen haben. Herr Mag. Teubl, da darf ich ihrer Erinnerung schon auf die Sprünge helfen. Ich weiß nicht, ob sie sich noch erinnern können, 2015 wurden beispielsweise die Nachtbusse eingeführt. Eine Ausweitung des öffentlichen Nahverkehrs so wie wir uns das wünschen. Dass wir nicht aus Kostengründen alles sofort machen konnten, muss auch ihnen klar sein. Aber wir haben uns sehr intensiv damit beschäftigt, z.B. wurde die Busflotte umgestellt auf die umweltfreundlichste Variante, die es derzeit technisch überhaupt gibt. Das ist die Diesel-6-Variante. Es wurden also neue Busse angekauft, um genau diesen Einsparungspotentialen gerecht zu werden, dass wir weniger Treibstoff brauchen, dass wir leiser sind, dass wir sauberer sind. Wir haben es erreicht beim Feinstaub keinen einzigen Tag eine Grenzwertüberschreitung gehabt zu haben. Erinnern kann ich mich vor fünf Jahren hat dies noch ganz anders ausgesehen. D.h. wir haben in Wels kein Umweltproblem so wie sie das beschreiben. Dass deswegen, weil die Umweltreferentin, weil die Stadtregierung in keinen dieser Bereiche säumig war.

Wir haben gerade die Kindergärten nach dem Niedrigstenergiestandard errichtet, wir haben ein neues Amtsgebäude errichtet und haben von ihrer GRÜNEN-Ministerin dafür Geld bekommen, weil wir so klimafreundlich gebaut haben. Ich kann ihnen viele Beispiele nennen, wo die Stadt Wels Vorreiter ist, Best-Practise-Modelle hat, was diese Klimaneutralität und diesen Klimawandelt betrifft.

Deswegen finde ich es ungerecht, dass sie sich immer herstellen und so tun als hätten wir die ganze Zeit nichts gemacht. Ich verstehe das schon, Markus Wiesinger sagte es vorhin bereits, es ist halt jetzt offensichtlich die Zeit des Wahlkampfes und die GRÜNEN wünschen sich halt gerne ein Umweltthema und wollen, dass die Stadt Wels in diesem Bereich ganz schlecht dasteht. Ich kann sie aber beruhigen – wir tun es nicht!

Wir haben kein Staubproblem, wir haben die Radwege ausgebaut um über 1 Mio. Euro (das weiß der Verkehrsreferent), wir haben alleine dieses Jahr 10 oder 11 neue Radfahrprojekte, die wir umsetzen möchten. Wir haben unfassbar viel getan in all diesen Bereichen. Die Baumpflanzaktion – 1000 neue Bäume für Wels plus noch einmal 1000 Bäume, die wir herschenken. Riesige Bäume sind in der Stadt gepflanzt worden. Wir machten den Kaiser-Josef-Platz möglichst mit einer blauen und grünen Infrastruktur, damit wir dort diesen Aufgaben gerecht werden. Ganz viele Dinge sind in dieser Stadt passiert genau unter diesem Aspekt, dass wir uns unserer Verantwortung bewusst sind für diese Stadt und für die Zukunft. Deswegen finde ich das nicht ganz fair!

Unabhängig davon, Fairness ist in der Politik ohnehin keine Kategorie. Mich verwundert der Antrag. Es kann doch aus meiner Sicht nicht seriös möglich sein, dass wir innerhalb einer Frist von einem Monat eine Klimastrategie für 10 Jahre entwickeln? Mit Verlaub, Herr Mag. Teubl! Das schafft nicht einmal die Bundesregierung.

Also es ist nicht möglich in so kurzer Zeit eine Klimastrategie zu erstellen, die den Namen verdient – nämlich Strategie – wo man sich einmal überlegt den Befund wo stehen wir derzeit, welche Maßnahmen können wir machen, welche Schlüsse leiten wir daraus ab, was kostet das, wie ist der Zeitplan? Das alles zu machen in einem Monat ist aus meiner Sicht mehr als unseriös.

Würden wir diesem Antrag zustimmen, müssten wir uns zurecht den Vorwurf gefallen lassen, wir nehmen das Thema nicht ernst. Ich möchte betonen, dass an der ersten großen Evaluierung über zwei Jahre gearbeitet wurde, bis wir diesen großen Bericht hatten wie es mit dem CO²-Fußabdruck ausschaut, welche Maßnahmen gibt es dagegen usw. Da sind die Beteiligungsunternehmen miteinbezogen worden. Es ist doch nicht seriös zu sagen, wir schaffen das in einem Monat.

Und wenn das schon so ist, warum haben die GRÜNEN den Antrag nicht vor zwei Jahren gestellt? Das ist die Frage, die ich ihnen jetzt vorhalten muss. Oder vor drei, vier, fünf Jahren, wenn sie schon meinen wir sind so weit hinten? Also ich glaube auch, dass dieser Antrag eher dem Wahlkampf geschuldet ist. Er ist nicht seriös begründet und aus meiner Sicht nicht seriös umsetzbar, weil wir diese Kapazitäten, die Geldmittel auch gar nicht haben. Deswegen stelle ich den Antrag zur Geschäftsordnung, diesen Initiativantrag der GRÜNE-Gemeinderatsfraktion dem zuständigen Ausschuss zuzuweisen.

Der Antrag zur Geschäftsordnung von Bgm. Dr. Rabl auf Zuweisung des Initiativantrages (Anlage 4) der GRÜNE-Gemeinderatsfraktion in den zuständigen Ausschuss zur Beratung und Diskussion wird mit

19 Ja-Stimmen (FPÖ- + ÖVP-Fraktion ohne GR. Zaunmüller)
gegen 12 Nein-Stimmen (SPÖ- + GRÜNE-Fraktion)
und 2 Stimmenthaltungen (NEOS, GR. Zaunmüller)

angenommen.

GR. Wohlschlager ist bei der Abstimmung nicht im Sitzungssaal anwesend.

Vzbgm. Kroiß dankt für die Berichterstattung.

Berichterstatter Bürgermeister Dr. Andreas Rabl

3.)

StS-Kreditoperationen gemäß § 54 Statut der Stadt Wels
Kenntnisnahme durch den Gemeinderat
FD-Buch-14-2021/010

Der Antrag (Anlage 5) lautet nach Vorberatung im Finanz- und Präsidialausschuss am 18.05.2021:

Die in der Anlage 1 dargestellte Kreditübertragung und in den Anlagen 2 und 3 dargestellten Kreditüberschreitungen werden zur Kenntnis genommen.

Einstimmig angenommen.

4.)

GR-Kreditoperationen gemäß § 54 Statut der Stadt Wels
FD-Buch-14-2021/011

Der Antrag (Anlage 6) lautet nach Vorberatung im Finanz- und Präsidialausschuss am 18.05.2021:

Die beantragten Kreditüberschreitungen (Anlagen 1 und 2) werden genehmigt.

GR. Mag. Teubl: Bei diesem Tagesordnungspunkt geht es nicht nur um den Konzertflügel, sondern u.a. auch um eine Subvention für den Tourismusverband. Wenn ich das richtig interpretiere, wird diese Subvention mit diesem Beschluss von 84.000 Euro auf 168.000 Euro aufgestockt – immerhin verdoppelt. Wir haben aber dann bei Punkt 15. der Tagesordnung eine Subvention in Höhe von 71.400 Euro für den Tourismusverband stehen, also die um 15 % verringerte Antragssumme, weil die Budgetsperre in Höhe von 15 % in Abzug zu bringen ist.

Was ist jetzt richtig? Wird jetzt ein Betrag von 71.400 Euro oder ein Betrag 84.000 Euro aufgestockt?

Bgm. Dr. Rabl: Danke für die Frage! Das gibt mir die Möglichkeit zur Klarstellung. Der Tourismusverband erhält eine jährliche Subvention. Im Jahr 2020 erhielt er keine Subvention. Hier wollten wir abwarten welche Entschädigungen es für CORONA etc. gibt. In der Folge wurde die Tourismusverbands subvention für das Jahr 2020 auf die jetzt zu beschließenden 84.000 Euro festgesetzt. Das heißt, voriges Jahr haben wir es uns gespart und heuer zahlen wir es aus. Die 71.400 Euro sind die Subvention für das Jahr 2021. D.h. wir haben hier einen gewissen Nachholeffekt, weil sie im Jahr 2020 gar nichts bekommen haben. Jetzt gelangen die Subventionen für 2020 und 2021 zur Auszahlung. Die 71.400

Euro sind für 2021 (minus 15 % Haushaltssperre) und die 84.000 Euro ist das Zustehende für das Jahr 2020, die sie jedoch noch nicht bekommen haben.

GR. Mag. Teubl: Es steht aber im Amtsbericht, dass von 84.000 auf 168.000 Euro aufgestockt wird.

Bgm. Dr. Rabl: Das liegt daran, dass wir für die 84.000 Euro aus dem Jahr 2020 eine Erhöhung der Mittel brauchen, weil 2021 nur budgetiert ist für das Jahr 2021. 2021 werden die 71.400 Euro ausbezahlt und für 2020 werden 84.000 Euro ausbezahlt. Gemeinsam sind das 155.000 Euro. Deshalb ist diese Aufstockung notwendig. Wir werden von den 168.000 Euro nur 155.000 Euro tatsächlich brauchen. Der Rest bleibt im Budget stehen.

Der Antrag zu Punkt 4. der Tagesordnung wird

einstimmig angenommen.

5.)

PBS Logitek Dienstleistungen GmbH, Wels;
Abänderung des Kaufvertrages vom 04.09./13.07.2017
im Punkt 11; Bauverpflichtung; Wiederkaufsrecht
ZR-039-133-2021

Der Antrag (Anlage 7) lautet nach Vorberatung im Finanz- und Präsidialausschuss am 18.05.2021:

Der Gemeinderat der Stadt Wels möge beiliegenden Nachtrag zum Kaufvertrag (Beilage ./2), abgeschlossen zwischen der Stadt Wels und der PBS Logitek Dienstleistungen GmbH, Wels, Vogelweiderstraße 37, beschließen.

Einstimmig angenommen.

6.)

Grundabtretungsvertrag mit Frau Brigitte Predl unter
Beitritt der ZL Baulandentwicklungs-GmbH; Grundstück
Nr. 791 KG 51224 Pernau
ZR-039-150-2021

Der Antrag (Anlage 8) lautet nach Vorberatung im Finanz- und Präsidialausschuss am 18.05.2021:

Der Gemeinderat der Stadt Wels möge beiliegenden Abtretungsvertrag (Beilage ./2) betreffend Abtretung von Grundflächen ins Eigentum der Stadt Wels, abgeschlossen zwischen der Stadt Wels und Frau Brigitte Predl, Wels, Magazinstraße 5a/22, unter Beitritt der ZL Baulandentwicklungs-GmbH, Wels, Franz-Doppler-Straße 11, beschließen.

Einstimmung angenommen.

7.)

Beschluss des Gemeinderates der Stadt Wels, mit dem Rahmenbedingungen für Straßenmusikdarbietungen auf öffentlichem Gut der Stadt Wels festgelegt werden (Straßenmusikordnung 2021)
LV-331-03-95-2021

Der Antrag (Anlage 9) lautet nach Vorberatung im Finanz- und Präsidentalausschuss am 18.05.2021:

Der Gemeinderat der Stadt Wels möge beiliegende Straßenmusikordnung 2021 samt Anlage beschließen.

GR. Mag. Teubl: Jeder von uns hat schon einmal Straßenmusiker gehört, bei denen man den Eindruck hatte, dass sie ihres Instrumentes nicht wirklich mächtig sind. Insofern verstehe ich die Intension des Antrages sehr gut. Auf der anderen Seite waren wir alle schon als Touristen in Städten, die vor Lebendigkeit sprühten, wo an allen Ecken und Enden diverse Darbietungen musikalischer und anderer Art die Vorbeigehenden mehr oder weniger erfreuten, wo also ein reges Leben herrschte.

Irgendwo dazwischen muss man die Problematik ansiedeln. Einerseits wollen wir, dass in Wels ein reges kulturelles und öffentliches Leben herrscht, dass in der Stadt etwas los ist. Andererseits wollen wir alles sehr stark reglementieren, durch Vorschriften einengen und behindern. Das geht sich nicht aus, meine Damen und Herren. Wenn ich beispielsweise in der Bezirksrundschau lese, der Herr Bürgermeister möchte einen gewissen Qualitätsstandard sicherstellen. Ja natürlich, wer möchte das nicht! Aber sagen sie mir bitte, wie sie das machen wollen? Muss jeder Straßenmusiker jetzt im Büro des Bürgermeisters vorspielen? Oder wird die Musikschule dazu verpflichtet hier Ausbildungen und Tests vorzunehmen? Oder wird gar die Ordnungswache damit beauftragt den musikalischen Standard von Darbietungen von Straßenmusikern entsprechend zu bewerten und auch zu sanktionieren? Sie sehen also, das kann eigentlich nicht funktionieren.

Was kann funktionieren? Es kann natürlich sehr wohl funktionieren, dass man die eine oder andere Regelung macht. Ich verstehe sehr gut, dass Geschäftsleute genervt sind, wenn den ganzen Tag ein und derselbe Musiker ein und dieselbe Art von Musik vor ihrer Haustüre zur Darbietung bringt. Ich verstehe sehr gut, wenn man auch nicht will, dass manche Straßenmusiker andauernd unterwegs sind. Aber es gibt ja auch jetzt schon gewisse Einschränkungen. Es gab diese berühmten Kreise, wo man als Straßenmusiker stehen darf usw. Doch was jetzt mit diesem vorgelegten Beschluss geboten wird, schlägt doch dem Fass den Boden aus. Hier geht es nicht nur darum bestimmte Zonen zu definieren wo man Musik machen darf. Im Rest von Wels darf einfach nicht musiziert werden. Es geht auch darum, dass in diesen Zonen nur von 10.00 bis 12.00 Uhr und von 14.00 bis 19.00 Uhr musiziert werden darf. Also keinesfalls in der Mittagszeit, wo vielleicht Leute unterwegs wären, die gerade dabei sind sich zu verköstigen. Und das nur sofern diese Tage keine Feiertage sind. Also am Feiertag muss in Wels Friedhofsruhe herrschen.

Das sind Regelungen, die meines Erachtens viel zu weit gehen. Musizieren dürfen nur Einzelpersonen oder Gruppen bis 6 Personen, die das 14. Lebensjahr vollendet haben. Aha, interessant! Einrichtungen zur Schallverstärkung oder laut- oder hochtönende Holzblasinstrumente dürfen nicht verwendet werden. Der ausschließliche Gebrauch von Trommeln ist nicht erlaubt. Lautstarke Instrumente, wie Blechblasinstrumente und Saxophone dürfen nur mit Dämpfer eingesetzt werden. Kann man vielleicht noch eine Liste haben, welche Instrumente jetzt dann doch erlaubt sind? Vielleicht die Blockflöte ohne Verstärker? In Wirklichkeit ist das ein Musikantenverhinderungsvorschlag, der hier vorgelegt wird und nicht eine Regelung.

Wenn wir tatsächlich wollen, dass in Wels Lebendigkeit keinen Platz hat, wenn wir unsere Stadt abschotten wollen von allem was irgendwie ein Flair in der Innenstadt schaffen könnte, dann können wir das beschließen. Wenn wir das nicht wollen, wenn wir wollen dass Wels nicht zu einem hinterwälderischen Nest ersten Ranges wird, dann sollten wir die Finger von diesem Vorschlag lassen.

StR. Reindl-Schwaighofer: Auf zwei Punkte der vorgesehenen Straßenmusikordnung möchte ich hinweisen, und zwar auf den § 2, Abs. 5, wo es heißt: „Pro Tag dürfen für das Stadtgebiet maximal 3 Platzkarten ausgegeben werden,“ Man höre und staune, da wird auf einem das Stadtgebiet eingeführt, denn vorher reden wir von diesen Zonen, die Bereiche wie Zone A-Stadtplatz bis zu Zone F-Pfarrgasse. D.h. haben drei Personen für eine dieser Zonen eine Platzkarte reserviert, dürfen sie in der Noitzmühle, Pernau, Waldhausen nicht mehr spielen. Es steht Stadtgebiet. Es könnte ja sein, dass jemand am Stadtplatz den Musiker hört, der in der Pernau spielt. Also nur, dass man auf die Konsistenz dieser Geschichte hinweist.

Der zweite Punkt betrifft § 2 Abs. 7: „Das Einheben eines Entgeltes und das Absammeln von Spenden sind nicht gestattet. Die Annahme von freiwilligen und ohne Aufforderung vom Musiker oder Vortragenden hingebachten und hinterlegten Spenden ist erlaubt.“ Hier wünsche ich euch viel Glück das umzusetzen. Ein Beispiel: Angenommen es hören 20 Personen mit einem Euro in der Hand die Darbietungen an, der Musiker nimmt sein Käppchen und geht zu den Leuten, dann verstößt dieser gegen die Verordnung. Wenn aber von den 20 Personen jemand zum Musiker hinget und ihm das Geld gibt, ist das im Rahmen der Verordnung. Wenn wir so etwas machen wollen, wenn wir die berechtigten Sorgen (wie ein Musiker steht drei Stunden vor deiner Tür und spielt immer wieder dasselbe Musikstück) ernst nehmen, sollte die Intension so weit sein, dass wir nicht nur Verhindern sondern auch Zulassen.

Das alles bedeutet für mich, man machte schnell eine „Husch-Pfusch-Aktion“ ohne sich die Konsequenzen anzusehen. Ich würde vorschlagen die Angelegenheit „zurück an den Absender“ zu schicken und eine Verordnung auszuarbeiten, die insgesamt einen Sinn ergibt. Dann sollten wir uns noch einmal damit beschäftigen.

GR. Schäfer, Bsc, MSc: Im vorliegenden Antrag geht es um drei wesentliche Punkte: Erstens braucht es klare und transparente Richtlinien. Gerade wenn es in einem öffentlichen Raum ist wo viele Menschen zusammenkommen, brauchen wir einfach eine konsistente Regelung hinsichtlich der Standorte und der Spielzeiten. Zweitens soll natürlich auch die Qualität der Straßenmusik gewährleistet bleiben. Weil die GRÜNEN in der Rundschau geschrieben haben, nein wir meinen damit nicht nur den Gabalier und die „Bösen Onkelz“, aber wenn sich eine diese Gruppierungen für ein unplugged-Konzert in

Wels meldet, werden wir das bei uns wohlwollend aufnehmen. Drittens, das haben die GRÜNEN wahrscheinlich nicht verstanden, geht es um die Lärmtage, denn wenn es keine Verordnung gibt, dann ist dies eine Veranstaltung. So fällt das in die Lärmtage-Regelung rein und uns fehlen die wichtigen Tage, wo wir Musik machen können in dieser Stadt.

Wir von der FPÖ-Fraktion sind sehr gesellige Menschen, wir sind gerne in der Stadt unterwegs und wir haben es auch gern, dass sich etwas rührt. Genauso wie dem Herrn Bürgermeister das Herz aufgeht, wenn in der Innenstadt viel los ist. Genauso verhält es sich mit der Musik. Deshalb ersuchen wir um Zustimmung zu diesem Antrag.

GR. Mag. Teubl: Da im Hinblick auf die genaue Ausformulierung der Bestimmungen noch erhebliche Unstimmigkeiten herrschen, stelle ich den Antrag zur Geschäftsordnung diesen TOP in den zuständigen Ausschuss zu verweisen.

Der Antrag zur Geschäftsordnung von GR. Mag. Teubl auf Zuweisung dieses TOP in den zuständigen Ausschuss zur Beratung und Diskussion wird mit

14 Ja-Stimmen (SPÖ- + GRÜNE-Fraktion, NEOS, GR. Zaunmüller)
gegen 20 Nein-Stimmen (FPÖ- + ÖVP-Fraktion ohne GR. Zaunmüller)

abgelehnt.

GR. Hufnagl: Es bedarf natürlich einiger Regelungen, einer Verordnung wo in der Innenstadt musiziert werden darf. Sehe ich mir die geplante Verordnung durch, ist es doch eine sehr starke Reglementierung. Natürlich kann man sich über die Anzahl der Platzkarten unterhalten oder über die Uhrzeiten, Abstände oder über das Zeitlimit, aber in Summe gehen die Forderungen eigentlich zu weit. Über einzelne Themen kann man sich unterhalten, aber in der Summe ist es eine „Zu Tode-Reglementierung“ der Musiker, die gerne in Wels spielen würden. Um das Stadtbild zu beleben braucht man das. Es gehört zu einer modernen Stadt dazu. Fährt man in eine Stadt, die ein bisschen etwas von sich hält, fördert man diese dargebotene Kleinkunst. Wir versuchen sie aus der Innenstadt zu vertreiben.

Manche Kaufleute sind nicht begeistert, wenn vor ihrer Eingangstür z.B. jemand zwei Stunden trommelt. Das verstehe ich, aber im Umkehrschluss sollten sich diese Personen einmal überlegen, ob es nicht in Summe mehr dem Geschäft nützt als schadet. Es flanieren dann doch mehr Menschen in der Stadt, trinken Kaffee und kaufen eben auch ein. Es dient zur Belebung der Innenstadt. Es geht uns eigentlich viel zu weit, deshalb werden wir NEOS diesen Antrag ablehnen.

GR. Weidinger: Es hieß im Ausschuss gab es dazu keine Wortmeldungen. Ein Ausschuss ist eigentlich dazu da einen derartigen Antrag zu diskutieren. Jetzt stellt sich die Frage, entweder haben die Beteiligten geschlafen, hat sie der Ausschuss nicht interessiert oder was war da los?

Ich glaube nicht, dass jemand nach Wels fährt, weil z.B. das ungarische Streichquartett vor einem Geschäft spielt. Das ist sicher kein Grund weshalb die Menschen nach Wels kommen, wenn an jedem Eck jemand seine musikalische Kunst darbietet. Ob das jetzt gut oder schlecht ist – das glaube ich einfach nicht. Die Leute kommen nach Wels, weil das Ambiente, das Flair, die Gastro passt. Deshalb kommen die Leute nach Wels, zur

Shoppingnight, Schnäppchenmarkt usw. Aber es kommt niemand nach Wels, weil das Ungarische Streichquartett aus Budapest hier spielt.

Wir brauchen trotzdem ein Regelwerk, damit wir nicht diesen Wildwuchs haben, dass neben dem ungarischen Streichquartett italienische Gitarrenmusik permanent sich die Plätze tauschen. Der eine geht, der andere kommt, sie gehen vom Stadtplatz in die Bäckergasse usw. Bereits vor Jahren gab es diesen Wildwuchs, den wir Gott sei Dank haben eindämmen können. Diesen können wir nun mit diesem Regelwerk etwas eindämmen. Es will niemand 20 bis 30 Kapellen oder Musiker in Wels haben. Mir ist es auch egal, ob diese jetzt in Waidhausen oder in der Pernau spielen. Wer soll in die Pernau fahren und dort vor der Kirche etwas von sich geben? Wer macht denn das in der Praxis? Niemand! Wir reden von der Innenstadt und wir sind der Welser Bevölkerung verpflichtet. Wir fingen die Stimmung ein und da war es eben nicht so, dass sie gesagt haben, ja lässt sie reinkommen, die Musiker sollen spielen, sie stören uns gar nicht.

Mir gefällt Straßenmusik, das genieße ich auch in größeren Städten, wie voriges Jahr in Graz. Da war es mir fast schon zu viel, an jedem Eck stand ein Musiker. Es war schön aber vielleicht ein bisschen zu viel.

Die Bevölkerung und die Geschäftsleute gaben uns einen Auftrag mit, bitte ja, aber wir müssen es regeln. Das machen wir. Wir stimmen daher diesem Antrag zu.

GR. KR. Schönberger: Markus Wiesinger sagte zuerst, der Wahlkampf naht. Der Kollege Weidinger hatte in den letzten fünf Gemeinderatsitzungen mehr Wortmeldungen als in den letzten fünf Jahren.

Die Überschaubarkeit der in Wels auftretenden Straßenmusiker ist wirklich sehr groß, denn die Tage, an denen Straßenmusiker in Wels spielen, kann man an einer Hand abzählen. Wir schießen wieder einmal mit Kanonen auf Spatzen und wir regeln jetzt alles runter, damit überhaupt nichts mehr stattfinden kann. Von den Spielzeiten angefangen bis hin zu den festgelegten Zonen. Wenn wir unsere Stadt als offen, frei, für einen Besuch wert befinden wollen, muss man halt auch Dinge zulassen.

Eine der Sprüche lautet „Wels ermöglicht“. Ja, was denn bitte? Was ermöglicht Wels, wenn heute ein Musiker zu uns kommt? Dass drei Leute in der gesamten FUZO in der Innenstadt spielen können an einem Tag? Oder im ganzen Stadtgebiet, weil die Regelung für das ganze Stadtgebiet gilt. Wovon reden wir? Die über das Jahr in Wels auftretenden Musiker sind sicher weniger Personen als wir Gemeinderäte. Also keine 36 Musiker werden das ganze Jahr über in Wels spielen.

Man kann alles einschränken, alles verordnen. Die Frage ist wer es im Anschluss kontrolliert. Gerade Kollege Weidinger weiß was das bedeutet. Letztes Mal sagte er, die Politiker schaffen an, machen Gesetze und die Polizei muss dann kontrollieren. In Wels ist es so ähnlich, wir machen jede Menge Verordnungen. Ich frage mich, wer dies alles am Ende des Tages kontrolliert.

Ich bin im Stadtmarketing. Dort machen wir sehr viele Veranstaltungen. Wir holen die Chöre nach Wels, wir machen musikalische Veranstaltungen. Haben wir eine Band, die am Stadtplatz, am Kaiser-Josef-Platz oder auf der Ringstraße spielt, kann daneben kein Straßenmusiker spielen. Das ist logisch, gegen das kann kein vernünftig deckender

Mensch etwas haben. Aber diese Einschränkungen in diesem Umfang für die paar Musiker, die nach Wels kommen und in der FUZO spielen, sind wirklich das Papier nicht wert, auf dem wir das alles niederschreiben.

GR. Ganzert: Kollege Weidinger sprach den Ausschuss an, was war dort los? Im Ausschuss wird jeder, der sich digital zugeschaltet hat, gefragt, ob er alles mitbekommen hat, wie er abstimmt usw? Ich kann nur für meine Fraktion sprechen. Es gibt auch Personen, die krankheitsbedingt nicht in der Lage sind ihr Mandat auszuüben oder vielleicht anderswo gebraucht werden. Insofern gibt es oft viele Hürden, die es nicht leicht machen. Im Ausschuss gibt es keine großartigen Präsentationen, man hat die Möglichkeit Fragen zu stellen. Da gibt es eher die Fragen können sie mich noch hören oder sehen, stimmt die Person mit, haben wir noch eine Verbindung?

Ich sage offen ich habe mir den Amtsbericht durchgelesen. Wir stehen auch dazu und sagen, wir möchten es reglementieren, damit es allen besser damit geht. Keine Frage! Wenn man den Leuten, dem Veranstalter, den Anrainern Sicherheit geben möchte, sind wir gerne dabei. Für uns ist es kein Problem etwas zu diskutieren, mit dem in die Fraktionssitzung zu gehen, die Meinung aller zu hören und dann eine gemeinschaftliche Meinung zu finden. Wir erlauben uns auch zu sagen, dass wir vielleicht aufgrund von technischen Problemen nicht in der Lage sind am Ausschuss teilzunehmen, dies zu diskutieren und zu begründen.

Über den Antrag von Kollegen Mag. Teubl die Angelegenheit nochmals im Ausschuss zu diskutieren bin ich erfreut. Es gibt manche vielleicht zu ändernde Definitionen. Es gibt die Intension etwas zu schaffen, zu sagen o.k. wie kann man unsere Stadt beleben, wie kann man Straßenmusik ermöglichen und wie kann man Dinge auch verbessern. Aber das so anzukündigen als wäre dies schon ganz lange auf der Agenda ist falsch. Wir waren nicht eingebunden, sondern es stand auf der Tagesordnung und es wurde gesagt, o.k. das ist Standard, ein Regelwerk, welches wir alle so kennen.

Anhand dieser Diskussion sehen wir es gibt sehr viel Gesprächsbedarf. Wir sind gerne bereit uns konstruktiv einzubringen. Aber halt auf eine Art und Weise, die für jeden funktioniert.

GR. Zaunmüller: Straßenmusik gehört für mich zu jeder großen Stadt in Österreich. Daher hat das auch in einer Stadt wie Wels seine Berechtigung. Ich gebe ihnen Recht, ich komme oft in die Innenstadt – beinahe täglich – und man hört Straßenmusiker von guter Qualität, von mittlerer Qualität aber auch von schlechter Qualität. Das hat alles seine Berechtigung. Was ist denn eigentlich Straßenmusik? Straßenmusik erhebt keinen Anspruch auf Professionalität. Also Straßenmusik bedeutet nicht, dass Studenten von Konservatorien auftreten und uns mit ihrer Kunst erfreuen. Das gibt es übrigens auch, wenn sie nach Salzburg fahren, besonders in der Festspielzeit, das ist schön. Aber Straßenmusik bedeutet auch, dass man Künstler die Möglichkeit gibt etwas zu erproben, vor neutralem Publikum aufzutreten. Ich denke mir, das sollte auch die Stadt Wels möglich machen.

Was diesen Antrag betrifft habe ich schon meine Bedenken und ich bin ganz bei StR. Reindl-Schwaighofer - dieser Antrag ist handwerklich schwach und nicht ausformuliert. Wenn ich mir das so durchlese – ich wollte dieses Argument ebenfalls bringen – sprechen wir vom Stadtgebiet. Dann ist das gesamte Welser Stadtgebiet gemeint und nicht, wie eigentlich – so interpretiert wird – die Innenstadt gemeint sein sollte. Daher

denke ich wäre es gescheit diesen Antrag tatsächlich in den zuständigen Ausschuss zurückzuverweisen, um diese handwerkliche Schwäche, die der Antrag beinhaltet, auszumerzen und zu einer vernünftigen Lösung zu kommen. Nämlich um eine vernünftige Lösung zu erreichen für die Musiker, aber auch für das Publikum zu finden und vor allem für diese Herrschaften – diese Stimmen kenne ich auch -, die sich darüber beschweren, dass sie den ganzen Tag oder Vormittag dasselbe, ziemlich schräg vorgetragene Musikstück erdulden müssen.

Daher stelle ich jetzt den Antrag zur Geschäftsordnung, diesen TOP in den zuständigen Ausschuss zu verweisen.

Der Antrag zur Geschäftsordnung von GR. Zaubmüller auf Zuweisung dieses TOP in den zuständigen Ausschuss zur Beratung und Diskussion wird mit

14 Ja-Stimmen (SPÖ- + GRÜNE-Fraktion, NEOS, GR. Zaubmüller)
gegen 20 Nein-Stimmen (FPÖ- + ÖVP-Fraktion ohne GR. Zaubmüller)

abgelehnt.

GR. Hufnagl: Ich habe mich vom Kollegen GR. Weidinger mit der Aussage angesprochen gefühlt, dass wegen einem ungarischen Streichorchester niemand in die Fuzo kommen wird. Nein, deswegen werden in den seltensten Fällen Menschen nach Wels kommen bzw. die Welser in die Innenstadt fahren.

Es geht um das Gefühl in der Stadt sei etwas los, es tut sich etwas. Dieses Feeling ist wichtig, denn wo Menschen sich wohlfühlen kaufen sie mehr ein. Das ist für die Innenstadtkaufleute sicher ein Argument, denn in einem ansprechenden, entspannten Umfeld wird sicher mehr eingekauft und die Briefftasche sitzt etwas lockerer. Es soll nicht der einzige Grund sein, dass die Welser mehr einkaufen, sondern sie sollen stolz auf die Stadt sein und sagen, dass sich hier immer etwas tut und etwas erlebt werden kann, vielfältig mit verschiedensten Kulturen aus allen Herren Länder. Dadurch ist ein gewisser Anziehungspunkt gegeben.

Es wurde schon gesagt, wir hatten in den letzten Jahren ja nicht hunderte Künstler auf einmal. Und sollten doch mehrere an einem Tag auftreten, so stellen sie sich ja nicht gleich drei Meter nebeneinander auf. Sie halten sowieso Abstand, weil es im Sinne der Musik ist die Töne nicht zu überlagern. Andererseits wollen sie von den Spenden leben und es wäre damit geschäftsschädigend. Noch einmal: Der Antrag geht meines Erachtens viel zu weit.

GR. Kroiß: Ich habe mich kurz schlau gemacht, wie das in anderen Städten aussieht. Dabei ist mir das Beispiel Linz ins Auge gestochen. Dort haben die Musiker einen Tag Zeit - insgesamt 10 Tage pro Monat - um Straßenmusik zu machen. 30 Minuten am Stück, dann müssen sie den Platz wechseln. Außerdem ist ein amtlicher Lichtbildausweis erforderlich und eine musikalische Hörprobe für die dort arbeitenden Menschen ist bei der Erstmeldung fällig. Das heißt, es ist nicht abwegig sich das erst einmal anzuhören. Ich habe in der Innenstadt gelebt und es ist richtig nervtötend, wenn man acht Stunden lang, alle dreißig Minuten, dieselben Stücke hört.

Natürlich wohnt man gerne in der Innenstadt, liebt das Flair, aber es ist einfach für die Geschäftsleute und vielleicht auch für die Kaffeehausbesucher nervtötend. Auch in Graz

haben sie Platzkarten und müssen alle 30 Minuten wechseln. In Wien und Salzburg dasselbe! Ich weiß nicht wo das große Problem ist Regeln aufzustellen und alle halten sich daran. Wenn es nicht funktioniert, können diese angepasst werden.

GR. DI Haydinger: Ich bin fast verwundert, wie ausführlich wir über diesen Tagesordnungspunkt diskutieren können. Trotz CORONA möchte ich ins selbe Horn stoßen wie meine Vorrednerin. Ich möchte auf die wesentlichen Punkte dieses Antrages zurückkommen. Es wird so getan als wären wir hinterwäldlerisch und in anderen Städten wäre das ganz anders. Nein, im Gegenteil! Auch in internationalen großen Städten ist das so. Es gibt definierte Zonen, in denen musiziert werden darf. Es gibt Mindestabstände zu den Eingängen von Geschäftslokalen und das ist im Sinne der Welser Geschäfte. Außerdem müssen Mindestabstände zu anderen Musikern eingehalten werden und es werden Platzkarten mit Zeitlimits verteilt.

Das Ganze muss mit einem praktischen Blickwinkel betrachtet werden. Wenn z.B. die Philharmoniker-Schrammeln in der Fußgängerzone musizieren wird sie keiner nach 70 Minuten vertreiben wollen, im Gegensatz zu solchen, die ihres Instrumentes nicht Herr werden.

Ein Punkt wurde zu wenig angesprochen: Wir haben in Wels ein Kontingent an Lärmtagen. Wenn wir diesen Wildwuchs weiterhin zulassen, dann gehen uns als Stadt Wels diese Tage ab, an denen wir Veranstaltungen in der Innenstadt durchführen dürfen. Deshalb verstehe ich nicht, wie ich es von anderen Parteien gehört habe, dass eine inhaltliche Schwäche in diesem Antrag ist. Diese sehe ich nicht, sondern es ist jetzt dringend vor dem Sommer erforderlich diesem Antrag zuzustimmen.

Bgm. Dr. Rabl: Ich hörte dieser Diskussion jetzt lange zu und möchte einige Dinge ausräumen. Zur legistischen Problematik betreffend das Stadtgebiet möchte ich eine Lanze brechen für Dr. Granner. Es ist richtig so wie es drinnen steht. Es ist kein redaktionelles Versehen oder sonst irgendetwas. Es muss natürlich im Zusammenhang mit § 2 Abs. 1 gesehen werden. Das bedeutet es gibt in der Stadt definierte Zonen A – F. Für alle Zonen gibt es drei Platzkarten. Im gesamten Stadtgebiet darf ich außerhalb dieser Zonen sonst nicht spielen. Das ist verboten! Ich darf nicht einfach nach Puchberg, Pernauberg oder Noitzmühle gehen und dort als Straßenmusiker auftreten.

Es gibt diese Zonen im ganzen Stadtgebiet und nicht mehr. Deswegen ist die Aussage völlig richtig, dass pro Tag für das gesamte Stadtgebiet maximal 3 Platzkarten ausgegeben werden dürfen – gemeint die Zonen im gesamten Stadtgebiet, vorher definiert unter § 2 Abs. 1. Deshalb handelt es sich nicht um ein redaktionelles Versehen oder sonst etwas, sondern es steht genau so richtig drinnen. Danke an die Mitarbeiter, die das vorbereitet haben.

Erstens gibt es keinen redaktionellen Fehler zu korrigieren und zweitens sei es mir erlaubt Folgendes an Mag. Teubl als Information weiterzugeben. Wenn sie schon von einer Überreglementierung und Bösartigkeit im Kulturbereich etc. sprechen, so habe ich mir erlaubt die Regelungen aus Innsbruck anzusehen. Grüner Bürgermeister, super Stadt – kann nur besser sein?!

Innsbruck: 130.000 Einwohnern	Wels: 62.000 Einwohner
Innsbruck: max. 4 Leute dürfen spielen	Wels: max. 6
Innsbruck: 4 pro Woche	Wels: 3 pro Tag
Innsbruck Abstand: 150 m	Wels: 50 m
Innsbruck Kosten: 63 Euro	Wels: 0 Euro
Innsbruck: kein Blechblas und kein Schlagwerk	Wels: Blechblas mit Dämpfer zulässig
Innsbruck: kein Verstärker	Wels: kein Verstärker

Wir reden aber von Innsbruck – viel größer als Wels! Die Regelungen in Innsbruck sind trotz grünem Bürgermeister und trotz Koalition so viel enger als Wels, weshalb ich mir die Frage stelle, wie ernst nehmen kann ich sie in diesem Zusammenhang, wenn ein grüner Bürgermeister Regelungen zulässt in grünen Städten, die viel strenger sind als in Wels? Dass es diesen Regelungsbedarf gibt, ergibt sich aus den zahlreich gefallenen Wortmeldungen über die Regelungen anderer Städte. Wir tun jetzt so als wäre es eine Lex Wels.

Lieber Karl Schönberger, du sprachst von einer völligen Überreglementierung. Hiezu muss ich dir schon sagen, dass wir sehr großzügig sind in all den gemachten Regelungen, denn wir stellten natürlich einen Städtevergleich an. Die SPÖ-Fraktion sagte bei der Betteileiverordnung wie schlimm und arg diese sei und man in Wels gar nichts tun dürfe. Es sind außerdem nicht viele Bettler, es sei gar kein Problem. Tatsache ist, wir haben kein Problem mehr und viele andere Städte, die das nicht gemacht haben, haben noch eins. Da hat auch die Koalition sagen müssen diese Betteileiverordnung haben zu wollen, weil sonst würde es sie heute noch nicht geben und wir hätten heute noch die gleichen Probleme wie damals.

Zur Frage wer die Einhaltung kontrollieren soll muss ich sagen, auch die Betteileiverordnung wird kontrolliert und wir schaffen es, dass sie eingehalten wird. Ich mache mir überhaupt keine Sorgen, dass die Stadt Wels die Kompetenz, die Mann-Kapazität und das Personal nicht hätte, um diese Einhaltung zu kontrollieren und das auch zu schaffen.

Lieber Kollege Ganzert, eingebunden zu werden findet üblicherweise im Ausschuss statt. Dort findet nämlich die politische Diskussion statt. Von einer Fraktion steht in einem Stadtstatut überhaupt nichts. Die Fraktionen einbinden zu müssen bei ganz normalen Beschlüssen war mir bisher fremd, steht auch in keinem Gesetzes- oder Regelungswerk, sondern im Ausschuss wird diskutiert. Im Ausschuss besteht die Möglichkeit diese oder jene Korrektur anzuregen.

Kollege Weidinger hat Recht! Wo ist die SPÖ-Fraktion im Ausschuss? Wo sind die GRÜNEN im Ausschuss, wenn es darum geht? Ich kann mich nicht erinnern, dass von Herrn Mag. Teubl – der im Ausschuss per Video-Konferenz teilnahm und den wir auch hörten – ein Wort der Kritik, Anregung oder ein Änderungswunsch kam. Überhaupt nicht! Es hieß Wortmeldungen? Keine! Dann Abstimmung! Insofern ist es für mich verwunderlich jetzt im Nachhinein, ohne vorher ein Wort zu sagen das und das als falsch zu bezeichnen. Wobei ich noch nicht wirklich hörte was eigentlich falsch ist, außer StR. Reindl-Schwaighofer meinte, dass über das Stadtgebiet diskutiert werden kann. Darüber kann tatsächlich diskutiert werden. Wenn man es erklärt, ist es klar. Für Juristen war es sowieso vorher schon klar. Aus meiner Sicht keine große Notwendigkeit hier in irgendeiner Weise etwas zu tun.

Wo sind eure Einwendungen? Wo sind die Einwendungen der NEOS. All diese Fragen stelle ich mir, weil dann wird der ganze demokratische Prozess doch sehr schwierig, wenn dort wo sie hingehört die Diskussion nicht stattfindet, aber hier in diesem Gremium dieser Tagesordnungspunkt über eine Stunde diskutiert wird. Soll so sein, aber eine solche Diskussion gehört in den Ausschuss. Ich würde mir oft wünschen Ausschusdiskussionen lebhafter zu führen als das derzeit der Fall ist, auch wenn sie unter Ausschluss der Öffentlichkeit stattfinden. Aber vielleicht ist das wirklich dem geschuldet was „Gemeinderatswahl“ heißt und werden jetzt darum Themen breit diskutiert. Im Ausschuss fehlt die Öffentlichkeitswirksamkeit und deswegen geht das Thema etwas unter.

Ich appelliere zumindest die politische Sacharbeit im Ausschuss zu erledigen. Wenn wir schon kritisieren, so sollten wir doch schauen wie andere österreichische Städte – egal welcher Couleur – das handhaben. Dann wird man sehen die Regelung in Wels ist keineswegs so streng, keineswegs so böse und so kulturverhindernd, wie das manche hier im Gemeinderat glauben lassen wollen.

Vzbgm. Kroiß übergibt den Vorsitz an Vzbgm. Huber.

Vzbgm. Kroiß: Wenn der Fraktionsobmann der SPÖ hier im Gemeinderat sagt, dass die Mitglieder seiner Fraktion im Ausschuss z. B. wegen Krankheit nicht anwesend und die Handlungen deshalb nicht mitverfolgen konnten, stellt sich die Frage, warum sie sich nicht vertreten haben lassen? Technisch gibt es die Möglichkeit per Videokonferenz daran teilzunehmen. Das funktioniert auch! Daher sind das, lieber Stefan, schon fadenscheinige Ausreden, warum jemand in einem Ausschuss etwas nicht mitbekommt. Außerdem ist es unwürdig für den Ausschuss, wenn du behauptest die Mitglieder bekommen das wegen Krankheit gar nicht so mit. Das ist ein Wahnsinn!

Zwischenruf StR. Reindl-Schwaighofer: Das hat er auch so nicht gesagt!

Vzbgm. Kroiß: Gut, wir werden es im Protokoll nachlesen, denn ich habe es extra mitgeschrieben. Wie kann man so etwas als Fraktionsvorsitzender nur sagen?

Vzbgm. Huber: Bitte keine Zwischengespräche!

Vzbgm. Kroiß: Wollen wir zur Sachlichkeit zurückkehren. Wir sind uns alle ziemlich einig, dass Musiker, die ihrer Instrumente nicht mächtig sind, in der Fußgängerzone nicht spielen sollten. Es gibt viele Beschwerden von Anrainern und Geschäftsinhabern, wenn genau diese Personen vor den Geschäften spielen. Es ist mir besonders wichtig aufzupassen genau mit diesen musizierenden Personen nicht in das Verbot (Lärmkataster) hineinzukommen und die Musiker - die wir in Wels haben wollen - nicht mehr spielen lassen können. Deswegen ist diese Verordnung nicht dazu da die Musik zu verhindern, sondern wir wollen die Musikanten hier in Wels langfristig absichern.

Johnny, zur Einhebung eines Entgeltes betreffend die Bettler muss ich sagen, diese haben einen neuen Schmäh und spielen genau diese Instrumente, die wir nicht hören wollen, aber er glaubt Straßenmusikant zu sein und erbettelt so sein Geld. Deswegen wurde das so eingeführt. Es gibt viele gute Gründe dieser Verordnung zuzustimmen, um langfristig die Straßenmusik in Wels abzusichern.

GR. Mag. Teubl: Ich wundere mich, dass gerade dieser Tagesordnungspunkt dazu angetan ist, dass sogar der Herr Bürgermeister fast zu hyperventilieren beginnt und uns eine Vorlesung über Demokratie im Gemeinderat hält. Das ist erstaunlich wenn man sich ansieht, um was es eigentlich geht. Es geht schlicht und ergreifend um eine Verordnung, die sinnvoll regeln soll, wie mit der Straßenmusik in der Stadt Wels umgegangen werden soll.

Offensichtlich gibt es Gesprächsbedarf bezüglich dieser Verordnung, wie diese jetzt schon sehr lange andauernde Diskussion zeigt. Dennoch wird zwei Mal der Antrag zur Geschäftsordnung das Ganze in den Ausschuss zu verweisen, um es dort noch einmal gründlich zu diskutieren, abgelehnt. Andere Geschäftsordnungsanträge werden sofort beschlossen z.B., wenn es um nichts Wichtigeres geht als die Klimazukunft. Dann kann der Bürgermeister gleich in seiner ersten Replik den Antrag stellen und jede Diskussion verhindern. Dieser Antrag wird genauso wie hunderttausend andere Klimaerträge von uns in irgendeinem Ausschuss zu Tode herumliegen gelassen und schließlich ohne Diskussion und Abstimmung beerdigt.

Wer hier von Demokratie im Welser Gemeinderat redet, der hat irgendetwas nicht mitbekommen. Gott sei Dank wird das im Herbst aufgrund der neuen Mehrheitsverhältnisse etwas anders ablaufen.

Soweit dazu! Nun aber zu den Inhalten dieser Verordnung. Natürlich braucht es eine Regelung. Aber ob diese Regelung wirklich durchdacht ist oder ob sie schlicht und ergreifend missglückt ist, darüber reden wir jetzt schon die längste Zeit. Ich habe immer noch keine Antwort darauf bekommen wie und wer diese Qualitätsstandards überprüfen soll. Ich kann mir nicht vorstellen, dass durch diese Verordnung Qualität geschaffen wird. Musiker mit schlecht gestimmter Gitarre sind das Problem, aber nicht Jazzbands in der Welser Fußgängerzone, die stundenlang begeistert von den Vorübergehenden wahrgenommen werden.

Ich frage mich, wie soll diese Jazzband in der Welser Innenstadt spielen, wenn das Saxophon einen Dämpfer braucht und wenn die E-Gitarre und das E-Piano keinen Verstärker haben. Sie verhindern den Auftritt dieser Band mit dieser Bestimmung. So etwas ist einfach nicht durchdacht oder von jemanden gemacht, der von Musik keine Ahnung hat. Etwas anderes kann ich mir gar nicht vorstellen. Das ist das Problem und wenn hier kein Gesprächsbedarf ist, wo ist dann ein Gesprächsbedarf? Warum müssen wir uns jetzt eine Stunde lang über die Straßenmusikverordnung der Stadt Wels auseinandersetzen anstelle im Ausschuss?

Lautstarke Zwischenrufe der Gemeinderäte!

Vzbgm. Huber übergibt den Vorsitz an Vzbgm. Kroiß.

Vzbgm. Kroiß: Ich darf um Sachlichkeit bitten! Am Wort ist Kollege Mag. Teubl – keine Aufregung wegen der Straßenmusikverordnung!

GR. Schatzmann: Das ist ein Wahnsinn, was sie hier aufführen....

Vzbgm. Kroiß: Herr Kollege Schatzmann, Herr Kollege Mag. Teubl ist am Wort.

GR. Mag. Teubl: Ein Wahnsinn ist diese Prolongierung einer Diskussion, die in fünf Minuten erledigt hätte sein können, wenn man einmütig die Feststellung gemacht hätte, hier gibt es noch etwas zu ändern an dieser Verordnung Herr Kollege!

StR. Reindl-Schwaighofer: Die Argumentation mit dem Versuch einige Punkte herauszustreichen warum es wichtig ist, ist nicht notwendig. Es ist nicht so, dass es hier nicht einen Grundkonsens gibt eine Regelung zu machen. Mittlerweile ist es ganz komisch und bekommt schon fast einen Fassgeruch nicht zugeben zu können, dass das nicht konsistent und in sich ein Blödsinn ist. Es geht im Wesentlichen nicht darum, dass der Beamte etwas falsch gemacht hat, sondern dieser hat laut Bürgermeister den Auftrag bekommen, dass künftig Straßenmusiker nur mehr in den definierten Zonen auftreten dürfen.

Das ist der Grund warum ich hier nicht mitstimmen kann. Wir definieren Zonen in der Innenstadt, wir erlauben es in der Pernau, der Noitzmühle nicht und brauchen nicht zu sagen wir machen eine Verordnung, denn es geht eh niemand prüfen hin. Da brauchen wir gar keine Verordnung. Wenn es um die Belebung der Stadt geht, muss ich diese Subkultur zulassen. Sie bringt Schönes und auch Jämmerliches – das wissen wir alle.

Ist es so schwer zuzugeben, dass hier nichtkonsistente Geschichten vorliegen, den Antrag rückzuverweisen in den Ausschuss, Änderungen vorzunehmen und diesen dann wieder dem Gemeinderat zur Beschlussfassung vorzulegen? Aufgrund meiner langjährigen Erfahrung weiß ich umso aufgeregter laut Herrn Mag. Teubl „Hyperventilierung des Bürgermeisters“, umso mehr bin ich mir sicher an der richtigen Stelle auf die Zehe getreten zu sein.

Bitte verweisen wir vernünftigerweise diesen Antrag zurück in den Ausschuss und machen eine Verordnung, die unserer Stadt würdig ist. Vielleicht noch eine kurze Geschichte zu Innsbruck, wenn hier eine Verordnung aus dem Jahr 2016 genommen wird. Bürgermeister Georg Willi hat natürlich nicht alle Verordnungen neu gemacht, weil das eine sukzessive Geschichte ist. Aber eine Stadt zu geißeln oder Beispiele heranzuziehen bringt nichts, denn wir sagen immer „wir in Wels sind so gut und machen das Richtige“. Mit Eingeständnis eines kleinen Fehlers könnten wir vielleicht die Debatte beenden.

GR. Ganzert: Ich hoffe es gelingt uns ein bisschen zur Sachlichkeit zurückzukommen. Anstatt uns gegenseitig anzuschreien würde ich mir wünschen einfach Mittel der Geschäftsordnung heranzuziehen. Wenn der Wunsch vorhanden ist, kann die Rednerliste und die Debatte beendet werden. Ich denke, es ist kein Stil sich hier gegenseitig anzuschreien, weil wir uns an die Regeln halten sollen. Danke an die Vorsitzführung!

Ich wurde vom Vorsitzenden konkret angesprochen betreffend Kranksein und Technik. Es gibt momentan einen Virus mit Quarantäne und man ist dazu angehalten das Haus nicht zu verlassen. Das heißt nicht nicht arbeitsfähig zu sein und seiner Pflicht als Gemeinderat einer Ausschusssitzung nicht beiwohnen zu können. Das kann natürlich digital gemacht werden. Kollegin Scheinecker hat mir in einem Gespräch eine Kulturausschusssitzung genannt. Viele Termine wurde per Videokonferenz abgehalten - auch eine Gemeinderatsitzung war dabei. Es wurde gesagt: „Die stimmt dann so ab, wenn der so genickt hat, dann wird die so nicken, denn die kann jetzt so nicht kommunizieren.“ Es gibt auch Beispiele die funktionierten. Aber denken sie an die Ausschüsse, wo Teilnehmer dann wieder weg waren, sich nicht zuschalten konnten und es technische Probleme gab. Das

möchte ich jetzt nicht groß irgendjemanden anlasten, aber es ist einfach eine Tatsache und machen Diskussionen dadurch manchmal schwierig.

Zu der Aussage „wo die Fraktion im Stadtstatut steht“ zeige ich dem Herrn Bürgermeister gerne die Seite und den Paragraphen. Er hat schon Recht wie eine Fraktion agiert und ein Ausschuss funktioniert. Ein Ausschuss funktioniert auch mit Mehrheiten. Es sind nicht Mehrheiten wie hier im Gemeinderat mit einer Koalition zwischen FPÖ- und ÖVP-Fraktion. Im Ausschuss sitzen neun Mitglieder, die GRÜNEN haben kein Stimmrecht, sie dürfen beraten und die NEOS dürfen zuhören. Von diesen neun Stimmen sind fünf von der FPÖ-Fraktion. Jetzt auch noch so zu tun, als ob die FPÖ-Fraktion eine Partei sei, die auf jede Wortmeldung entsprechend eingeht, stimmt aus meiner Sicht so nicht.

Mein geäußelter Wunsch wäre zu sagen, dass wir einen Plan haben hier etwas zu ändern, zu novellieren oder überhaupt eine neue Verordnung soll entstehen. Wir hätten einen größeren Punkt eingebunden, gibt es dazu eine Stellungnahme, wie sieht das Ganze aus? Das ist ehrlich gesagt etwas zu spät bei fünf von neun Stimmen zu meinen, hier ist der Punkt etwas zu machen. Wir sind es gewohnt von der FPÖ-Fraktion niedergestimmt zu werden und deshalb ist das ein fadenscheiniges Argument.

Auch die gezogenen Vergleiche sind nicht immer ganz zulässig. Es ist richtig, Innsbruck, Salzburg, Graz haben entsprechende rechtliche Regelungen. Aber wir brauchen uns nicht anmaßen uns immer mit Städten ganz anderer Größenordnung zu vergleichen. Natürlich hat Salzburg ein anderes Publikum, einen anderen Tourismus und dazu andere Zugänge. Mich würden Vergleiche von Städten mit vergleichbarer Größe, wie Villach, St. Pölten interessieren. Es ist nicht so, dass Wels so großzügig ist, denn 150 Meter sind in Wels eine andere Distanz als in Innsbruck. Bei 150 Meter in Wels hört irgendwo die Innenstadt auf. Daher kann nicht jede Stadt dieser Größe verglichen werden. Außerdem haben Landeshauptstädte eine andere kulturelle Vielfalt und eine Welt-Kulturstadt wie Salzburg wird einen anderen Andrang als Wels haben.

Es hätte nicht geschadet das Ganze noch einmal in den Ausschuss zu geben und noch einmal darüber zu diskutieren. Wir haben diese Verordnung jetzt Jahrzehnte nicht gehabt und es hätte nicht großartig geschadet, wenn wir sie erst beim nächsten Gemeinderat am 05. Juli beschlossen hätten. Ich hätte gerne unsere vorhandenen Mehrheiten und die technischen Probleme festgehalten und jeder kann sich solche digitalen Sitzungen ansehen, bei denen es nicht möglich war. Es soll jetzt keine große Kritik sein, es ist eine schwierige Zeit, viele arbeiten daran und schauen, dass es gut funktioniert. Aber es ist bei Weitem noch nicht die beste Lösung, die es geben könnte.

GR. Schäfer, BSc, MSc: Das ist durchaus eine interessante Diskussion, deshalb habe ich mich noch einmal zu Wort gemeldet. Die Opposition tut so, als würden wir hier in Wels das Rad neu erfinden. Es gibt zahlreiche Best-Practice-Beispiele, die beweisen, dass es einfach eine konsistente Verordnung braucht damit das Ganze funktioniert. Wir sollen uns nicht nur mit internationalen Städten vergleichen, wie Innsbruck und Salzburg, haben es aber trotzdem getan. Die Villacher Verordnung ist ziemlich ähnlich zu der Welser Verordnung, weil auch dort Verstärker verboten sind und die Blechblasinstrumente schallgedämpft sein müssen.

Zum Thema der nicht zugelassenen Subkultur: Sie wird tatsächlich zugelassen, deswegen gibt es diese Verordnung und eine Richtlinie. Auch diese Vorspielregelungen sind durchaus nichts Neues.

Ein besonderes Anliegen ist mir die Ausschussarbeit. Diese ist das Instrument, mit der die Fraktionen eingebunden werden, ein Diskurs möglich ist und sich jeder melden kann. Die GRÜNEN nur mit Wortmeldung, aber auch die NEOS, die in solchen Ausschüssen nur gehört werden. Meldet man sich allerdings im Ausschuss nicht, wird man auch nicht gehört und nicht miteingebunden. Deswegen endet ein Ausschuss in fünf Minuten, wenn sich keiner meldet. Ob wir eine Mehrheit mit dieser Verordnung haben werden, wird sich bei der Abstimmung zeigen.

Bgm. Dr. Rabl: Danke für die angeregte Debatte. Herr Mag. Teubl, einen Irrtum möchte ich noch aufklären – die Jazzband. Natürlich gibt es die Möglichkeit für eine Jazzband in der Innenstadt zu spielen. Das ist dann eine ganz normale Veranstaltung, wie Hunderte andere in der Innenstadt auch. Dazu muss um eine Veranstaltungsgenehmigung angesucht werden, dann wird von den zuständigen Mitarbeitern entschieden, ob diese Veranstaltung zu genehmigen ist. Wir verunmöglichen nicht wie sie sagen den Auftritt einer Jazzband, sondern das ist ein anderes Regelregime. Auch in den Stadtteilen kann ich solche Veranstaltungen machen. Das machten wir bereits und es hat in der Vergangenheit reibungslos funktioniert. Deshalb ist es für unsere Zuseher wichtig, dass diese Regelung nicht beabsichtigt Bands auszuschließen.

Ob sich die Mehrheitsverhältnisse im Herbst ändern oder nicht, entscheiden nicht sie, sondern der Wähler. Interessant ist aber, dass sie bereits wissen wie der Wähler entscheidet. Hier haben sie hellseherische Fähigkeiten, die ich ihnen so gar nicht zugetraut hätte. Das nehme ich aber durchaus zur Kenntnis.

Warum wir jetzt so lange diskutieren liegt an der Debatte und den Beiträgen. Es ist jeder Fraktion gestattet seine Wortmeldung abzugeben. Es geht nicht sich zwei Mal zu Wort zu melden und sich dann zu beschweren über die lange Dauer der Debatte. Eine Debatte dauert so lange wie sie dauert. Insofern ist es für mich nachvollziehbar, dass es solchen Diskussionsbedarf gab und hoffe er ist jetzt zufriedengestellt. Ich ersuche um Abstimmung.

Der Antrag zu Punkt 7. der Tagesordnung wird mit

	<u>19 Ja-Stimmen</u> (FPÖ- + ÖVP-Fraktion ohne GR. Zaunmüller)
gegen	<u>14 Nein-Stimmen</u> (SPÖ- + GRÜNE-Fraktion, NEOS, GR. Zaunmüller)
	<u>angenommen.</u>

Vzbgm. Kroiß dankt für die Berichterstattung und übergibt den Vorsitz an Bgm. Dr. Rabl.

8.)

Beschluss des Gemeinderates der Stadt Wels betreffend
die Festsetzung von Tarifen für die Sommerferienaktion 2021
(Sommerferienaktion-Tarifordnung 2021)
BK-J-123-2021

Der Antrag (Anlage 10) lautet nach Vorberatung im Sicherheits-, Integrations- und Sportausschuss am 06.05.2021, der Gemeinderat der Stadt Wels möge die beiliegende Sommerferienaktion-Tarifordnung 2021 beschließen.

GR. Wohlschlager: Die letzten Wochen, Monate – wenn nicht überhaupt das gesamte letzte Jahr - war für Eltern eine ziemliche Herausforderung. Die Mehrfachbelastung der Kinderbetreuung und Homeschooling während der eigenen Berufstätigkeit ließ Familien oft an ihre Grenzen und weit darüber hinaus stoßen. Deshalb bin ich davon überzeugt, dass das Sommerferienprogramm 2021 der Stadt Wels noch regeren Zulauf erhalten wird als sonst.

Denn die außerfamiliäre Betreuung wird in diesem Sommer einfach am wichtigsten sein. Das uns vorliegende Ferienangebot umfasst sämtliche Bereiche, ist vielfältig und abwechslungsreich. Ausflüge und Sport sind ausreichend abgedeckt. Persönlich würde ich mir noch die Ausdehnung des kreativen Bereichs wünschen. Im Grunde ist aber für jede Altersklasse für Mädchen und Jungen etwas zu finden. Sehr wichtig ist das Preis-Leistungs-Verhältnis. Es sollte somit für alle Familien, die Betreuung benötigen, erschwinglich sein.

Ferienstpaß 2021 ist garantiert! Ich möchte die Gelegenheit jetzt noch nutzen mich bei Herrn Mario Kastner und seinem Team für die umsichtige und mit Weitblick passierende Arbeitsweise zu bedanken. Sie stehen für unsere Jugend und kümmern sich in allen Belangen um unsere Jugend.

GR. Mag. Brenner-Nerat: Auch von unserer Fraktion ein herzliches Dankeschön an Mario Kastner und seinem Team – wie jedes Jahr ein tolles Programm! Herzlichen Dank auch an alle mithelfenden Vereine und Organisationen, die trotz der schwierigen Bedingungen ein so tolles Programm erstellten und sich bereit erklärten mitzuwirken. Das ist nicht selbstverständlich, wenn man hinfiebern muss, ob es überhaupt stattfinden wird können oder nicht. Für die Kinder unserer Stadt ist dieses Ferienprogramm sehr wichtig.

Der Antrag zu Punkt 8. der Tagesordnung wird

einstimmig angenommen.

Bgm. Dr. Rabl dankt für die Berichterstattung und übergibt den Vorsitz an Vzbgm. Kroiß.

9.)

Schlosspark Lichtenegg – Sanierung des Torbogens
und Optimierung des Fuß- und Radverkehrs;
Grundsatzbeschluss nach der Bauvorhaben-Übertragungsverordnung 2019
SD-StaG-49-2021

Der Antrag (Anlage 11) lautet nach Vorberatung im Umwelt-, Frauen- und Gesundheitsausschuss am 17.05.2021:

Die Durchführung des Bauvorhabens „Sanierung Torbogen und Optimierung Fuß- und Radverkehr“ in der unter Punkt 1. des gegenständlichen Amtsberichtes dargestellten Art und Weise mit voraussichtlichen externen Kosten in Höhe von € 293.000,-- inkl. USt. sowie Eigenleistungen in Höhe von voraussichtlich € 27.000,-- wird grundsätzlich beschlossen.

StR. Lehner: Bei gewissen Projekten hat der Wahlkampf durchaus eine positive Seite und bringt Beschleunigung in schon seit langem geforderten Projekten. Der Torbogen im Lichtenegger Schlosspark ist eines davon. Die ÖVP-Lichtenegg nutzt als einzige seit Jahren diesen Sisi-Pavillon und trieb dieses Vorhaben voran.

In einem medialen Auftritt unseres Bürgermeisters betonte dieser dieses historische Erbe schützen zu müssen und entsprechend zu sanieren. Danke für diese wichtige Initiative. Komplement an die Referentin, denn diese hat den Ball sofort aufgenommen, der Bürgermeister scheint hier willig Geld auszugeben. Dieses haben wir Gott sei Dank eingespart, weil wir beim Konzertflügel für das Stadttheater entsprechende private Sponsorenleistungen entgegengenommen haben und darum haben wir jetzt finanzielle Möglichkeiten diesen Torbogen zu sanieren.

Als Baureferent betrifft mich am Ende des Tages das Gesamtprojekt. Die Übertragungsverordnung sieht vor, dass ich das Umsetzen darf. Ob es sich wirklich mit dem geplanten Budget ausgeht, werden wir sehen. Wenn wir einmal zu Bauen begonnen haben, dann gibt es keinen Weg mehr zurück. Beim Torbogen sehe ich das durchaus entspannt. Hier wird die Kostenüberschreitung nicht so dramatisch sein, um das Stadtbudget aus den Angeln zu heben. Ich hätte mir aber doch gewünscht das Ganze im Vorfeld etwas besser abzustimmen, wie auch das Budget für die Beleuchtung oder den Radweg.

Ich weiß nicht wie es dem Kollegen StR. Mag. Schininger ging, ob dieses Projekt mit ihm gut abgestimmt wurde. Mit mir war es nicht gut abgestimmt! Aber ich entschuldige das; es ging darum die Chance zu nutzen jetzt ein Projekt im Wahlkampf auf den Weg zu bringen, das uns allen wichtig ist. Hier darf man keine dünne Haut haben und nicht beleidigt sein, sondern es geht darum, gemeinsam für die Stadt etwas Wichtiges, Gutes und Richtiges zu machen.

In diesem Fall ist das die Sanierung dieses Torbogens. Ich bin froh das gemeinsam auf den Weg zu bringen, lege aber als Baureferent für die Kosten meine Hand nicht ins Feuer. Ich lege meine Hand dafür ins Feuer uns alle zu bemühen, damit der Torbogen ein Schmuckstück wird und das in der Zeit bestmöglich umzusetzen, denn Restauratoren werden wir heuer im Herbst nicht mehr gewinnen können. Vorab braucht es noch eine Befundung für das Bundesdenkmalamt und dann werden wir schrittweise starten. Danke an alle, die hier einen Beitrag geleistet haben! Der Bürgermeister, die Referentin - alle werden froh sein, wenn das ÖVP-Schlossparkfest umrahmt wird mit einem ordentlichen Torbogen.

Bgm. Dr. Rabl übergibt den Vorsitz an Vzbgm. Kroiß.

GR. Kroiß: Ich kann mich nur anschließen, der Torbogen schaut derzeit scheußlich aus. Er ist neben dem Generationenwohnheim und dem Sisi-Pavillon einfach ein Schandfleck für diese schöne nette Gegend. Ich glaube es wird ein Schmuckstück und hoffe es wird praktisch für die vielen dort wohnenden älteren Menschen, die mit dem Rollator unterwegs sind. Derzeit ist es selbst mit dem Fahrrad und dem Kinderwagen dort richtig schwierig diese Ansteigung zu nehmen. Ich hoffe auf die Berücksichtigung durch die Baudirektion und auf eine gute Umsetzung!

StR. Reindl-Schwaighofer: Ich möchte mich bei Frau Vzbgm. Huber dafür bedanken diesen Ball aufgegriffen zu haben, denn diese in der Öffentlichkeit geführte Diskussion war nicht mehr sehr würdig. Silvia, du hast den nötigen Druck zur Beschließung dieses Amtsberichtes gemacht. Ein kleiner Wehrmutstropfen ist diesen anscheinend nur für die ÖVP-Fraktion zu sanieren.

Der Torbogen kann dann als Teil eines Stadtrundganges genutzt werden. Ich möchte mich bei allen beteiligten Akteuren herzlich bedanken, aber ganz besonders bei Frau Vzbgm. Huber.

GR. Hufnagl: Ich freue mich, dass dieses Projekt endlich angegangen wird. Dieser Torbogen begleitet mich – wie die meisten – ein Leben lang. Ich bin in dieser Gegend aufgewachsen und spielte früher im Schlosspark. Es war irgendwie erschreckend so lange zuzuschauen und dieses Juwel verfallen zu lassen. Viel länger hätte man sich nicht mehr Zeit lassen dürfen, weil er wahrscheinlich keine fünf oder sechs Jahre mehr ausgehalten hätte und somit unrettbar verloren gewesen wäre.

Kollege StR. Lehner, bei den Kosten gehe ich schon davon aus, dass man sich zumindest bemüht diesen Kostenrahmen weitgehendst einzuhalten, weil dieser Beschluss nicht nur ein Bemühen sein sollte.

Vzbgm. Raggl-Mühlberger: Es freut natürlich auch mich, dass jetzt nach der Sanierung des Sisi-Pavillons, der fälschlicherweise so heißt und eigentlich ein Tee-Pavillon ist, jetzt auch der Torbogen saniert wird. Ich möchte mich für die Bereitstellung der Mittel beim Finanzreferenten bedanken. Als ich Referentin für Parkanlagen war, bekam ich vom damaligen Bürgermeister Dr. Koits 25.000 Euro - damit konnte der Sisi-Pavillon wirklich nicht saniert werden.

Es wurde damals in gemeinsamer Arbeit mit der HTL für Bau und Design, mit dem Bundesdenkmalamt und mit der Gesellschaft der Denkmalfreunde der Stadt Wels endlich

der Sisi-Pavillon saniert. Im Endeffekt dauerte es sieben Jahre. Die GRÜNEN brachten 2012 einen Antrag ein, der wiederum in einen Ausschuss verschoben wurde und 2019 konnte er endlich eröffnet werden.

Ich freue mich über diese Sanierung des Torbogens, denn 1995 wurde nur provisorisch etwas gerichtet und deshalb ist es heute wirklich schön diesen vor dem Verfall zu sichern. Herzlichen Dank dafür!

GR. Mag. Teubl: Auch für uns GRÜNE ist dieser Beschluss, der heute hoffentlich einstimmig gefasst wird, ein Anlass zur Freude. Auch wir forderten schon jahrelang hier etwas zu tun und befürchten die bevorstehende Renovierung kommt zu spät, denn tatsächlich bröckelt dieses Bauwerk schon seit einiger Zeit ziemlich vor sich hin. Umso besser, dass es jetzt anders sein wird. Wir freuen uns über diesen Beschluss.

Vzbgm. Huber: Danke für die vielen positiven Wortmeldungen. Die Kostenschätzung wurde natürlich mit den Mitarbeitern in den jeweiligen Dienststellen erstellt und ich hoffe sie sind korrekt. Wir alle wissen, die Preise der Baubranche sind ziemlich gestiegen und es wird sicher nicht einfach einen Restaurator zu finden. Aber wir werden uns um die baldige Umsetzung bemühen. Lieber Peter, ich freue mich, wenn du mich dann als Umweltreferentin bei der Grünflächenrichtlinie so miteinbindest. In diesem Sinne ersuche ich um Beschlussfassung.

Der Antrag zu Punkt 9. der Tagesordnung wird

einstimmig angenommen.

Vzbgm. Kroiß dankt für die Berichterstattung.

Berichterstatter Stadtrat Johann Reindl-Schwaighofer

10.)

Beschluss des Gemeinderates der Stadt Wels, mit dem die Richtlinien für den Kultur- und Förderbeirat der Stadt Wels erlassen werden (Richtlinien Kultur- und Förderbeirat 2021)
K-066-10-2021

Der Antrag (Anlage 12) lautet nach Vorberatung im Kulturausschuss am 17.05.2021, der Gemeinderat der Stadt Wels möge beiliegende Richtlinien für den Kultur- und Förderbeirat der Stadt Wels (Richtlinien Kultur- und Förderbeirat 2021) beschließen.

Einstimmig angenommen.

11.)

Greif 2020; Ankauf eines Konzertflügels;
Auftragsvergabe an die Klavierhaus Schimpelsberger GmbH,
Wels, Hans-Sachs-Straße 120
K-067-3-2021 miterledigt:
ZE-022-1-2-2021

Der Antrag (Anlage 13) lautet nach Vorberatung im Kulturausschuss am 17.05.2021:

Beiliegendes Schreiben Zuschlagserteilung (Auftrag) an die Firma Klavierhaus Schimpelsberger GmbH, Wels, Hans-Sachs-Straße 120, betreffend den Ankauf eines Konzertflügels mit einem Gesamtpreis (inkl. USt.) von € 126.000,--, Netto € 105.000,--, (Beilage ./4.) wird beschlossen.

GR. DI. Haydinger: An dieser Stelle möchte ich mich beim Kollegen StR. Reindl-Schwaighofer und der Beamtenschaft bedanken für diese großartige Lösung. Es ist nicht nur so, dass die Künstler oft auf einem Bösendorfer nicht spielen, weil sie Verträge mit Klavierfirmen haben und somit auf einem Bösendorfer gar nicht spielen dürfen. Z.B. kann Ronaldo mit einem Nike-Vertrag nicht einfach mit einem Reebok-T-Shirt kommen. So ähnlich ist es bei den Pianisten auch – auch die Gagen sind oft sehr ähnlich.

GR. Mag. Teubl: Laut Amtsbericht wurde nur ein Angebot eingeholt. Wenn das stimmt, so würde ich gerne wissen warum.

StR. Reindl-Schwaighofer: Soweit ich mich richtig erinnern kann, sind diese über die Bundesbeschaffungsagentur gelistet. Ich werde mir das noch einmal ansehen, habe aber im Hinterkopf darüber diskutiert zu haben.

Vzbgm. Kroiß: Im Amtsbericht steht: „Die Beschaffung des Konzertflügels erfolgte basierend auf den inhaltlichen Anforderungen der Dienststelle Veranstaltungsservice und Volkshochschule durch die Dienststelle Zentraler Einkauf gemäß § 47 Abs. 2 Z 1 des BVerG 2018 im Rahmen einer Direktvergabe mit vorheriger Bekanntmachung im Unterschwellenbereich.

Zahl der im Internet abgerufenen Anbotsunterlagen: 4
Innerhalb der Angebotsfrist eingelangt: 1“

StR. Reindl-Schwaighofer: Dann haben wir über das diskutiert. Das heißt, es hat Angebotsanfragen gegeben, hatten dann aber nur einen Bieter. Entschuldigung, das habe ich jetzt nicht mehr genau gewusst.

Der Antrag zu Punkt 11. der Tagesordnung wird

einstimmig angenommen.

12.)

Oö. Heimbauverein, 4020 Linz, Ziegeleistraße 78a;
Schüler- und Lehrlingsheim in Wels, Obermüllnerstraße 11;
Abschluss des 2. Nachtrages und Ergänzung zum Vertrag
zwischen der Stadt Wels und dem Oö. Heimbauverein vom 12.09.1977
BK-Schu-18/1-2021

Der Antrag (Anlage 14) lautet nach Vorberatung im Kulturausschuss am 17.05.2021, der Gemeinderat der Stadt Wels möge den beiliegenden 2. Nachtrag und Ergänzung (Beilage 1) zwischen der Stadt Wels und dem Oö. Heimbauverein, 4020 Linz, Ziegeleistraße 78a, beschließen.

GR. Schäfer, BSc, MSc: Die FPÖ-Gemeinderatsfraktion kann sich diesem Antrag nur anschließen und möchte unseren ausdrücklichen Dank an den Bürgermeister richten, der maßgeblich an der Verhandlung beteiligt war.

Der Antrag zu Punkt 12. der Tagesordnung wird

einstimmig angenommen.

Vzbgm. Kroiß dankt für die Berichterstattung.

Berichterstatter Stadtrat Peter Lehner

13.)

Stadtpfarre Wels, Stadtplatz 31;
Gewährung einer Subvention für die durchgeführte
Sanierung der Stadtpfarrkirche St. Johannes
BauD-StaE-77-2020

Der Antrag (Anlage 15) lautet nach Vorberatung im Wirtschafts-, Stadtentwicklungs- und Bauausschuss am 17.05.2021:

Der Gemeinderat der Stadt Wels möge beiliegende Subventionsvereinbarung (Beilage ./1) mit der Stadtpfarre Wels, Stadtplatz 31, betreffend die Gewährung einer einmaligen Subvention in der Höhe von € 55.000,- zum Zwecke der durchgeführten Sanierung der Stadtpfarrkirche St. Johannes, Wels, Pfarrgasse 27, insbesondere des Kirchturmhelmes samt Glockenaufhängung und Glockenantrieb, beschließen.

GR. Ganzert: Vielen Dank, Herr StR. Lehner, für diesen Tagesordnungspunkt. Wenn wir vom Stadtplatz in Richtung Westen blicken, sehen wir den Ledererturm und wer sich um 180 Grad dreht, sieht als verstecktes zweites Wahrzeichen des Stadtplatzes die Welser Stadtpfarrkirche. Hier hat sich einiges getan. Ich kann mich noch an die vielen Wochen und Monate der Baustelle mit den schwindelfreien Arbeitern erinnern, die in atemberaubender Höhe mit Seilakrobatik die Turmhelmsanierung durchführten.

Das ist jetzt bei Gott – wann kann man das schon sagen, wenn nicht bei so einem Antrag – keine reine Verschönerung, sondern es war dringend notwendig, weil aufgrund von Schäden schon Feuchtigkeit in die Kirche eingetreten ist und dadurch Gefahr in Verzug bestand. Deswegen bin ich besonders froh als Stadt Wels zu unterstützen. Das Land Oberösterreich unterstützt in selber Höhe, ebenso das Bundesdenkmalamt und unzählige Welser und Welser Unternehmen.

Dieser neu erstrahlte Turm ist schön anzusehen und wegen der Klimadiskussionen fragen sich viele wann er sich wieder typisch zu seiner Farbe zurückverfärbt. Durch die neuen Heizformen in Wels, durch weniger Abgase der Schornsteine etc., wird uns die aktuelle Farbe wirklich länger begleiten und auf unseren Stadtplatz herabstrahlen.

Eine sehr gelungene Unterstützung, die wir als Stadt Wels machen und ich möchte mich seitens der Stadtpfarre Wels herzlich für die gute Kooperation bedanken. Im guten Einklang der Stadt Wels mit der Stadtpfarre – die ich scherzhaft als Dompfarre der Welser bezeichne – ist es gelungen gemeinsam etwas auf die Reihe zu bringen.

GR. Dr. Csar: Auch ich freue mich, dass die Sanierung des Turms der Stadtpfarrkirche möglich geworden ist und mit solch großen Engagement in die Wege geleitet wurde. Es war der Abschluss der vorläufigen Sanierungsmaßnahmen der Stadtpfarrkirche nachdem der Altarraum und die Altäre gestaltet wurden und der Umbau der Pfarre erfolgte. Auch in der Vorstadtpfarre wurde eine umfangreiche Sanierung mit Turmerneuerung gemacht. Wir müssen froh und glücklich sein über die dort engagierten ehrenamtlichen Funktionäre, die das in die Wege leiteten, damit solche Sanierungsmaßnahmen möglich werden.

Danke an die Persönlichkeiten, an den Stadtpfarrer Niko Tomic, der mit großem Engagement diesen Weg angeht. Ein aufrichtiges Dankeschön an StR. Lehner, der mit seinen Anträgen immer wieder die finanzielle Ausstattung ermöglicht. Ich weiß, Peter, es ist sehr schwierig das Geld der Stadt flüssig zu machen. Der Finanzreferent möchte an allen Ecken und Enden sparen. Aber mit den richtigen Argumenten „reißt du ihm das Geld wieder aus der Tasche“. Das gelingt dir wirklich sehr gut.

GR. Spindler: Ich kann mich meinen Vorredner nur anschließen. Wir werden diesem Tagesordnungspunkt zustimmen, damit dieses zweite Wahrzeichen von Wels strahlend erscheint. Danke!

StR. Lehner: Danke an die Kollegen im Gemeinderat. An „Gottes Segen“ ist uns allen gelegen. Wir unterstützen ja nicht nur die Stadtpfarrkirche, die Vorstadtkirche, sondern wir investierten auch in die Zeltkirche in Lichtenegg, in die Vogelweider Kirche, in St. Stefan. Für die historischen Bauwerke der Kirche, die so vielen Menschen jede Woche Zuflucht bieten und Momente der Freude, der Trauer und des Glaubens schenken, haben wir als Stadt eine Verantwortung diese in einem entsprechenden Zustand zu erhalten. Danke für

die Unterstützung des Gemeinderates und auch für die Unterstützung des Bürgermeisters als Finanzreferenten.

Der Antrag zu Punkt 13. der Tagesordnung wird

einstimmig angenommen.

14.)

Verordnung des Gemeinderates der Stadt Wels betreffend den straßenrechtlichen Verordnungsplan Nr. 325 – Teilauflassung einer öffentlichen Verkehrsfläche – Wimpassinger Straße
BauR-269-08-2-2021

Der Antrag (Anlage 16) lautet nach Vorberatung im Wirtschafts-, Stadtentwicklungs- und Bauausschuss am 17.05.2021, der Gemeinderat der Stadt Wels möge die beigefügte Verordnung betreffend die Teilauflassung einer öffentlichen Verkehrsfläche – Wimpassinger Straße, straßenrechtlicher Verordnungsplan Nr. 325, beschließen.

Einstimmig angenommen.

15.)

Tourismusverband Wels, Stadtplatz 44;
Gewährung eines Zuschusses für das Jahr 2021
Pol-044-WR03-1-2021

Der Antrag (Anlage 17) lautet nach Vorberatung im Wirtschafts-, Stadtentwicklungs- und Bauausschuss am 17.05.2021:

Die Stadt Wels gewährt dem Tourismusverband Wels für das Jahr 2021 einen Zuschuss in Höhe von € 71.400,-- für Welser Projekte (Innenstadtevents), wobei die Auszahlung in zwei gleichen Teilbeträgen zu je € 35.700,-- (erster Teilbetrag umgehend nach Beschlussfassung sowie zweiter Teilbetrag am 02.08.2021) erfolgt.

Der Nachweis der widmungsgemäßen Verwendung dieser Fördermittel ist durch Vorlage des Rechnungsabschlusses 2021 bis spätestens 01.06.2022 zu erbringen.

GR. KR. Schönberger: Gerade für die Tourismusverbände ist jetzt nach der Covid-19-Pandemie eine sehr herausfordernde spannende Zeit, um die Gäste und Kunden wieder in die Hotels zu bringen und auf unsere Sehenswürdigkeiten aufmerksam zu machen. Es ist eine spannende große Herausforderung. In Wels wird hier Hervorragendes geleistet.

Nachdem KR. Helmut Platzer nicht mehr für den Vorsitz kandidieren wird, ist es das letzte Mal, dass er als Chef die Subvention entgegennimmt. Ich möchte es nicht verabsäumen mich bei ihm zu bedanken für die geleistete Arbeit in den letzten Jahren, um nicht zu sagen Jahrzehnten.

Der Antrag zu Punkt 15. der Tagesordnung wird

einstimmig angenommen.

Dringlichkeitsantrag der SPÖ-Gemeinderatsfraktion
betreffend umfassende zusätzliche Mittel für Drogenberatung,
Streetwork, schulpsychologische Beratung und Sozialarbeit
in Kinderbetreuungseinrichtungen
Verf-015-I-15-2021

StR. Mag. Schininger: Es sind jetzt noch exakt 118 Tage bis zum 26. September 2021, sprich bis zu den Wahlen. Ich bin die letzten zweieinhalb Stunden durchaus über die eine oder andere Wortmeldung überrascht. Es sollte hier nicht um die Wahl und auch nicht um Parteipolitik gehen. Es sollte schon gar nicht um Besserwisserei, Oberlehrerhaftigkeit und überhaupt nicht um Scheinmoral, Heuchlerei und Fadenscheinigkeit gehen, sondern um gute Ideen.

Wie Kollege StR. Lehner sagte sollte es darum gehen Dinge gemeinsam zu beschließen, also um Gemeinsamkeiten. Es sollte um Kinder, Jugendliche, Männer, Frauen, Junge, Alte und Familien, es sollte um die Menschen gehen. Dieser Antrag der SPÖ-Fraktion geht genau in diese Richtung. Es soll um junge Menschen und Familien gehen. Wir wissen, die Welsler haben in der Krisenzeit viele Herausforderungen zu meistern, wie alle anderen Menschen auf der Erde.

Corona und die damit einhergehenden Folgen haben uns nach wie vor fest im Griff, auch wenn wir durchaus frohen Mutes sein können, dass es seit kurzem wieder mehr Freiheiten gibt. So sind doch viele Menschen an ihrem persönlichen Limit angelangt. Gerade Familien, Kinder und Jugendliche haben mit diesen hohen Belastungsfaktoren zu kämpfen, teilweise mit dramatischen Auswirkungen. Wir alle wissen mit vielen äußerst sinnvollen, seit vielen Jahren erprobten Maßnahmen kann man den meisten Problemen präventiv entgegensteuern. Leider sind für einen Teil dieser Projekte in den letzten Jahren auch die finanziellen Mittel seitens der Stadt durchaus gekürzt bzw. leider nicht in der nötigen Höhe dotiert worden.

Eine kürzlich veröffentlichte Kriminalstatistik besagt, dass die Kriminalitätsrate erfreulicherweise gesunken ist. Das ist mit Sicherheit der Corona-Pandemie geschuldet. Entgegen diesem Trend sind leider Drogendelikte weiterhin auf einem hohen Niveau und entgegen dem Ruf nach höheren Strafen sollten wir hier in der Stadt im Suchtmittelbereich noch mehr auf Prävention setzen und noch mehr präventiv tätig werden, auch wenn wir in der Stadt Wels mit Nikado eine hervorragende Anlaufstelle für die Betroffenen haben. Hier wird mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln im Bereich des Drogenstreetworks von engagierten Mitarbeitern versucht zusätzlich zur Kontakt- und Anlaufstelle eine Ergänzung anzubieten. Es wird versucht bestehende Kontakte zu intensivieren und konsumierende Menschen, die von den vorhandenen Institutionen nicht angesprochen werden, auf diesem Weg zu erreichen.

Auch mit den Präventionsmaßnahmen geht man innovative Wege. Ergänzend zum anonymen und kostenlosen Spritzentausch in den Kontakt- und Anlaufstellen wird mit diesen Automaten eine durchgehende Versorgung mit sterilen Konsumutensilien auf jeden Fall gesichert. Unserer Meinung nach gilt es dafür noch mehr als bisher die notwendigen Mittel zur Verfügung zu stellen und diese nach Maßgabe aufzustocken. Gerade diese Menschen brauchen unsere verstärkte, unsere besondere Hilfe.

Das Gleiche gilt auch für den Bereich der Streetworker. Ich höre schon das vielfach erwähnte Argument, dass seitens der Oö. Landesregierung - Referat Gersdorfer würde der Herr Bürgermeister sagen - gespart wurde. Es sollte doch einer finanziell gut aufgestellten Stadt wie Wels nicht hindern selbst Geld in die Hand zu nehmen, um auch hier präventiv auf niederschwelligem Niveau tätig zu werden. Bis zum Jahr 2015 waren dort teilweise acht Mitarbeiter angestellt. Danach wurde auf drei reduziert. Das brachte eine Einsparung von ca. 100.000 Euro. Nun wurde wieder leicht auf vier Personaleinheiten erhöht, da das Land auch zusätzliche Kapazitäten frei gab. Laut Gesprächen mit den Streetworkern können sie sich mit ihren Kapazitäten nur auf den innerstädtischen Bereich konzentrieren. Es bleibt kaum Zeit in den Stadtteilen tätig zu werden. Wie schon gesagt, es hindert uns niemand bei den Streetworkern in die Zukunft zu investieren.

Ein weiterer uns wichtig erscheinender Bereich ist die Sozialarbeit in den Schulen und Kinderbetreuungseinrichtungen, bei denen auch seit 2015 der Sparstift angesetzt wurde. Derzeit sind hier drei Vollzeitäquivalente angestellt, aufgeteilt auf vier Personen, von denen eine derzeit in Karenz ist. Auch hier wäre es ohne große finanzielle Mittel ein Leichtes Eltern, Kindern, Jugendlichen und Familien in herausfordernden Zeiten zusätzliche Hilfe anbieten zu können.

Auch die Pädagogen, bei denen wir uns heute schon auf mehreren Ebenen bedankt haben, stöhnen immer mehr unter der größeren Last an Aufgaben, die sie über den Normalbetrieb hinaus zu leisten haben. Durch diese sehr niederschwellige Arbeitsweise in vielen vorhin erwähnten Bereichen können Beziehungen in mehrfacher Hinsicht präventiv helfen, damit junge Menschen ihren Platz in der Gesellschaft finden. Ziel von uns allen soll und muss es auf jeden Fall sein die Menschen dort abzuholen, wo sie gerade stehen und ihnen die Hilfestellung zu geben, die sie für ein selbstbestimmtes, eigenständiges, gesundes und von Selbstbewusstsein getragenes Leben auch tatsächlich benötigen. Es muss uns klar sein, das kostet alles Geld - ob es uns gefällt oder nicht. Aber es soll nicht um Wahl, Wahltaktik oder ähnliches gehen, sondern es soll und muss um die Menschen gehen.

Vzbgm. Raggl-Mühlberger: Ich finde es nett, dass gerade die SPÖ-Fraktion von Wahltaktik spricht und so tut als wenn sie das nicht macht. Sehr geehrte Damen und Herren, der Wahlkampf hat begonnen, denn sonst kann ich mir nicht erklären warum die SPÖ in einem Video-Statement behaupten kann „Wels hat die Sozialleistungen gestrichen.“

Ein paar Daten zur Richtigstellung: Behinderten-Fahrdienst wurde vom Land gestrichen – von der Stadt Wels zur Gänze übernommen. Personalkosten für das Chancengleichheitsgesetz wurden vom Land gestrichen – von der Stadt Wels zur Gänze übernommen. Nikado wurde von der Stadt Wels bis 2017 finanziert und erst seit 2018 bekommen wir Subventionen vom Land, wurde räumlich verdoppelt und personell aufgestockt. Alkoholberatung wurde ein Teil durch das Land gekürzt – die Stadt Wels übernimmt diesen Ausfall und die Stadt Wels hat die einzige Alkoholberatungsstelle, die zu 100 % nicht das Land finanziert. Alle anderen Beratungsstellen in Oberösterreich

werden zu 100 % vom Land finanziert. Die Spielsuchtberatung wurde bis zum Jahr 2020 zur Gänze von Wels übernommen, erst 2021 können wir eine Förderung bekommen. D.h. im Gegenteil - die Stadt Wels hat nicht Leistungen gekürzt, sondern sie hat Leistungen übernommen, die das Land gekürzt hat.

Zum Thema Streetwork – das ist wie „täglich grüßt das Murmeltier“ – möchte ich im Zusammenhang sagen, dass Streetwork nicht gleichgesetzt werden kann mit Drogenarbeit, denn Streetwork ist aufsuchende Jugendarbeit – jederzeit nachlesbar im Streetwork-Handbuch. Wir beschäftigen derzeit fünf Streetworker und wir hatten nie nur drei Personaleinheiten, sondern 3,73 und haben auf 4,11 Personaleinheiten aufgestockt. Gekürzt wurde – wie du bereits gesagt hast – von der Landesrätin Gerstorfer. Diese ist der Meinung, dass Wels genauso viele Streetworker braucht wie Linz im Verhältnis zu den Jugendlichen. Das heißt, damals war Wels bessergestellt und wurde jetzt gleich gestellt mit Linz. Damit werden sie auch auskommen, denn laut dem Jahresbericht der Streetworker können sie sehr wohl Szene-Präsenz in den Stadtteilen machen.

Laut letztem per Video abgehaltenen Suchtbeirat ist der Drogenkonsum nicht gestiegen, sondern der Alkoholkonsum nach dem ersten Lockdown um 14 %. Dieser pendelte sich aber wieder ein. Die meistkonsumierte Droge ist Marihuana. Die Drogen sind aufgrund von Corona teurer geworden, da die Beschaffung derzeit schwieriger ist. Wir haben natürlich mit der Drogenberatung Circle – die hier nicht angeführt wurde – eine wirklich gute Einrichtung.

Für Nikado wurde die Bürofläche verdoppelt und ein weiterer Mitarbeiter eingesetzt. Nikado ist eben die niederschwellige Kontaktanlaufstelle für Drogenstreetwork und ist genau das sozialarbeiterische Angebot für illegale Mittel konsumierende Menschen. Das heißt, es wurde ausgebaut und nicht gekürzt. Das Land OÖ verfügt über ein ganz tolles Programm für Prävention, welches von den Schulen kostenlos abgerufen werden kann. Ich biete allen Bildungseinrichtungen an dieses Angebot zu nutzen, denn auch die Polizei hat diese Möglichkeit und die Schulen wenden sich nur allzu selten an das Land oder auch an die Polizei.

Meine sehr geehrten Damen und Herren von der SPÖ-Fraktion! Von Einsparungen kann im Sozialbereich keine Rede sein und das ist wahrscheinlich wieder nur dem Vorwahlkampf geschuldet und um die Sozialpolitik in der Stadt Wels schlecht zu machen. Es stimmt, die Corona-Zeit hat uns gerade im Bildungsbereich vor große Herausforderungen gestellt. Daher hat die Kinder- und Jugendabteilung einen Brief an das Land geschickt, um den Ausbau der Schulsozialarbeit zu forcieren. Ein Landtagsbeschluss vom 09.07.2009 sieht den stufenweisen Ausbau der Schulsozialarbeit vor, 52 Personaleinheiten für ganz OÖ sind dabei bis Ende 2013 vorzusehen. Ab 2013 kommt die zweite Stufe mit 100 Mitarbeitern. Zur zweiten Stufe ist es bis dato leider nicht gekommen. 2013 war Landesrat Josef Ackerl und jetzt Landesrätin Birgit Gerstorfer an der Stelle, um diesen Ausbau weiter zu forcieren und das Angebot auszubauen. Es gibt dazu eine Stellungnahme des Landes.

Wir haben derzeit einen Brief an das Land gerichtet, weil wir uns natürlich bewusst sind, wie wichtig die Schulsozialarbeit nun in diesem Bereich ist. Daher stelle ich den Antrag zur Geschäftsordnung, den vorliegenden Dringlichkeitsantrag dem zuständigen Ausschuss zuzuweisen.

Der Antrag zur Geschäftsordnung von Vzbgm. Raggl-Mühlberger auf Zuweisung dieses Dringlichkeitsantrages (Anlage 1) der SPÖ-Gemeinderatsfraktion in den zuständigen Ausschuss zur Beratung und Diskussion wird

einstimmig angenommen.

GR. Hufnagl verlässt um 18.00 Uhr die Gemeinderatsitzung.

Vzbgm. Kroiß dankt für die Berichterstattung und übergibt den Vorsitz an Bgm. Dr. Rabl.

Dringlichkeitsantrag der FPÖ-, SPÖ- und ÖVP-Gemeinderatsfraktion betreffend die Anmietung der Messehallen 3 und 4 für den Betrieb einer COVID-19-Impf- und Teststraße
Verf-015-I-16-2021

Vzbgm. Kroiß: Die Begründung zu diesem Antrag ist, dass die Stadt Wels die Infrastruktur für die COVID-19-Impf- und Teststraßen zur Verfügung stellt. Die Impfstraßen waren vorher in der Stadthalle angesiedelt, sind jetzt in die Messehalle 3 übersiedelt. In diesem Zusammenhang wurde die von der Firma WEMS betriebene Teststraße in die Halle 4 verlegt.

Die Begründung zur Dringlichkeit ist, dass für die heutige Sitzung des Gemeinderates Aktenabgabebeschluss am 19.05.2021 war, die gegenständlichen Angebote aber erst in finaler Form am 20.05.2021 übermittelt wurden. Die Hallen sind bereits in Verwendung. Es ist eine Beschlussfassung des Gemeinderates notwendig und ich ersuche um Zustimmung.

Der Dringlichkeitsantrag (Anlage 2) der FPÖ-, SPÖ- und ÖVP-Gemeinderatsfraktion wird

einstimmig angenommen.

Der Bürgermeister bedankt sich für die rege Diskussionsteilnahme und erklärt abschließend diese Sitzung für geschlossen.

H I N W E I S für Internet-Nutzer:

Diese Verhandlungsschrift wird in der Sitzung des Gemeinderates am 06.09.2021 zur offiziellen Genehmigung aufgelegt. Bis dahin besteht seitens der Mitglieder des Gemeinderates die Möglichkeit, Einsprüche gegen deren Inhalt zu erheben. Daraus resultierend könnten sich ev. Änderungen geringfügiger Art ergeben.